

95

BERICHT

der

Reorganisationskommission der Exekutive der Zionistischen Organisation

über das Werk der Zionistischen
Organisation in Palästina

Zionist Organisation
Central Office, 77. Great Russell Street,
London W. C. 1.

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Erster Teil: Die gegenwärtige Organisation des Zionistischen Werkes in Palästina	5
Zweiter Teil: Einwanderung und Wirtschaftsleben	17
Dritter Teil: Oeffentliche Arbeiten	23
Vierter Teil: Handel und Industrie	32
Fünfter Teil: Landwirtschaft	35
Sechster Teil: Erziehung	53
Siebenter Teil: Struktur der Zionistischen Organisation und Institutionen in Palästina	63
Anhang, Budget-Aufstellung	66

Vorwort.

Die Reorganisations-Kommission: Ihre Vollmachten und Zwecke.

Kraft eines Beschlusses der Exekutive der Zionistischen Organisation vom 21. September 1920 wurde eine Reorganisations-Kommission, bestehend aus den Herren Julius Simon, Nehemiah de Lieme und Robert Szold, eingesetzt, zwecks Untersuchung und Reorganisierung des Werkes der Zionistischen Organisation und ihrer Institutionen in Palästina. Die Reorganisations-Kommission erhielt Machtvollkommenheit Änderungen vorzunehmen, welche nach ihrem Ermessen sich als notwendig erweisen sollten.

Die Reorganisations-Kommission traf am 4. November 1920 in Palästina ein und weilte daselbst bis zum 14. Dezember 1920. Während ihres Aufenthaltes in Palästina besuchten die Mitglieder der Kommission die Farmen des Jüdischen National-Fonds, mehrere Kwuzoth (landwirtschaftliche Arbeitsgruppen), die Gruppen bei den Kwischim (Straßenbau) und unterzogen alle zionistischen Arbeiten einer Untersuchung, so eingehend, als die ihnen zur Verfügung stehende Zeit es erlaubte. Sie hatten Konferenzen mit Sr. Exzellenz dem High-Commissioner, den Vorständen der Regierungsdepartements, der zionistischen Kommission, dem Vaad Haleumi (Rat der palästinensischen Judenschaft) und seiner Exekutive, Vertretern der jüdischen Arbeiter und anderen prominenten Palästinensern.

Wiewohl sämtliche Mitglieder der Reorganisations-Kommission sich verschiedenen Phasen des Palästina-Werks seit längerer Zeit gewidmet hatten, wurden sie seitens des Jischub mit einem gewissen Mißtrauen, ja selbst mit ausgesprochener Abneigung empfangen. Ihre Beweggründe wurden beargwöhnt, selbst ihr Zionismus wurde in Frage gestellt. Die fragmentarischen, einseitigen Berichte über die Londoner Konferenz, die in Palästina in Umlauf waren, hatten den Eindruck hervorgerufen, daß die Reorganisations-Kommission gekommen wäre zu zerstören anstatt

aufzubauen, daß ihre Mitglieder nationalen Empfindens ermangelten, daß sie ihr Urteil im voraus gefaßt hätten und nicht imstande wären, es zu ändern.

Die Mitglieder der Reorganisations-Kommission haben durchaus nicht vorgegeben, ohne Überlegung nach Palästina gegangen zu sein, wohl aber bemühten sie sich nach besten Kräften, vorurteilslos zu bleiben. Der anschließende Bericht beschreibt das Werk der zionistischen Organisation in Palästina, wie sie es gesehen haben, die Zukunftsaufgaben der Organisation, wie sie ihnen erscheinen, und die Mittel, mit denen sie die Ausführung dieser Aufgaben erstreben würden.

Die Reorganisations-Kommission war begleitet von Herrn A. Sonne, Sekretär der Exekutive der Zionistischen Organisation, und Herrn Paul Singer, Schatzmeister und Finanzsekretär; beide Herren leisteten die gesamte Mission hindurch unschätzbare Dienste.

Erster Teil.

Die gegenwärtige Organisation des zionistischen Werkes in Palästina.

Die Leitung der zionistischen Angelegenheiten in Palästina liegt gegenwärtig zum weitaus größten Teil in den Händen der Zionistischen Kommission, die während der militärischen Okkupation durch Erlaß des britischen Auswärtigen Amtes *) eingesetzt wurde. Die schwierige Aufgabe des Vermittlers zwischen den britischen militärischen Autoritäten und der jüdischen Bevölkerung, die ihr oblag, fand mit der Einrichtung der Zivilverwaltung ihr Ende. Unsere Zwecke erheischen nicht eine Prüfung der Dienste, welche die Kommission während der aufreibenden Periode der militärischen Okkupation leistete, zu einer Zeit als ausländische Agenten und politische Intriganten zur Stelle waren und ihr Möglichstes taten, die zionistische Bewegung zu diskreditieren und zu zerstören.

*) Die Kommission soll die zionistische Organisation repräsentieren. Sie soll den britischen Autoritäten in Palästina als ratgebende Körperschaft in allen Angelegenheiten dienen, welche Juden betreffen, oder die die Gründung eines nationalen Heims für das jüdische Volk in Übereinstimmung mit der Erklärung von Sr. Majestät Regierung beeinflussen dürften.

Die Aufgaben der jüdischen Kommission sollen sein:

1. Zwischen britischen Behörden und der jüdischen Bevölkerung in Palästina zu vermitteln;
2. das Hilfswerk in Palästina koordinieren und bei der Repatriierung von Exilanten, obdachlosen Personen und Flüchtlingen Beistand zu leisten;
3. bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Kolonien und bei der Organisierung der jüdischen Bevölkerung im allgemeinen behilflich zu sein;
4. den jüdischen Organisationen und Institutionen in Palästina bei der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit beizustehen;
5. mitzuhelfen bei Herstellung freundlicher Beziehungen zu den Arabern und anderen nichtjüdischen Gemeinden;
6. Informationen einzuziehen und zu berichten über die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung der jüdischen Ansiedlung und des Landes im allgemeinen;
7. zu untersuchen die Aussichten des Projekts einer jüdischen Universität in Palästina (Erlaß, Britisches Auswärtiges Amt).

Es ist das Ansiedlungs- und Kolonisationswerk der Zionistischen Kommission, das uns hier in erster Reihe interessiert. *) Diese Arbeiten sind großenteils nur die Fortsetzung der Tätigkeit des Palästina-Amtes (Misrad), wie sie vor Ausbruch des Krieges betrieben wurde.

Es liegt nicht in unserer Absicht, eine ins einzelne gehende Darstellung der Entwicklung der jüdischen Kolonisation in Palästina zu geben. Ebenso wenig wünschen wir die Bedeutung der vor dem Kriege geleisteten Arbeiten als einen politischen Faktor von größtem Einfluß zu verkleinern. Indessen war es unsere Aufgabe, in Palästina den Dingen auf den Grund zu gehen und zu untersuchen, inwiefern die vorläufigen Bemühungen der Zionistischen Organisation und ihre Gründungen vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus zielbewußt waren. Mit der Entscheidung von San Remo und der Ernennung von Sir Herbert Samuel zum High-Commissioner erhielt die politische Richtung unserer Arbeit eine völlig neue Wendung. Bis dahin mochten Pionier-Siedlungen um jeden Preis gerechtfertigt erschienen sein. Jetzt aber, da Palästina der dauernden jüdischen Niederlassung in großem Maßstabe eröffnet ward, wurde es notwendig zu untersuchen, ob unsere Arbeit sich in der Richtung der Gründung sich selbst erhaltender Gemeinwesen bewegte. Könnte, was bisher in Palästina geleistet, in seiner gegenwärtigen Verfassung und so wie jetzt verwaltet auch nur als Grundlage für die zukünftige jüdische Siedlungstätigkeit betrachtet werden? Dies war die Frage, die wir uns zu stellen hatten. Die zionistischen Farmen lagen zerstreut auseinander. Gesetzliche Hindernisse erschwerten den Landankauf; für die Erlangung geeigneter Ansiedlungsstellen war die Freiheit der Wahl nur allzu beschränkt und innerhalb der engen Wahlgrenzen selbst würde nicht jederzeit ein vorsichtiges Urteil ausgeübt. Die Ansicht herrschte, daß eine Politik der weiterstreuten Farmen politische Vorteile gewähre und Propagandazwecken gute Dienste leiste. Aber diese Politik legte sich der Konzentration der Kräfte in den Weg und hinderte eine gesunde ökonomische Ansiedlung. Die Farmen wurden nicht mit Hinsicht auf einen sorgfältig durchdachten Plan der Verwaltung und Ent-

*) Soweit sich aus dem Zusammenhang nicht anders ergibt, betreffen unsere Ausführungen die Zionistische Kommission im allgemeinen; es ist nicht beabsichtigt, die Bemerkungen auf eine bestimmte Periode der Tätigkeit der Kommission zu beziehen.

wicklung angelegt. Das anscheinend großangelegte System der Kolonisation mag von Wert gewesen sein, um die Phantasie des Publikums anzufeuern, aber diese Propaganda-Methode verhinderte, sobald sie in Praxis umgesetzt wurde, das Aufgeben etwaiger unüberlegter Unternehmungen. Der nationale Wert der jüdischen Arbeit wurde durch diese Art der Propaganda ausgenutzt, aber die vermeidlichen ökonomischen Schattenseiten unserer Arbeit wurden nicht in Betracht gezogen. Es zeigte sich eine Neigung, alle seitens der I. C. A. gemachten Erfahrungen für schlecht zu halten und bedeutungslos für uns, weil jüdische Arbeit nicht engagiert war. Der Wert ihrer langjährigen Erfahrung in Palästina wurde nicht benützt, nicht einmal in technischen Dingen. Die Tatsache ferner, daß die Galitaa-Kolonien auch einigen nationalen Wert hatten, da die Kolonisten meistens selbst und nicht mittels gedungener Leute die Erde bebauten, wurde völlig außer acht gelassen.

Die Verhältnisse, die der Krieg herbeiführte, verschärften noch das unökonomische System unserer eigenen Kolonisation. Wirklich konstruktive Arbeit von produktivem Ergebnis war während der militärischen Okkupation schwierig, um nicht zu sagen unmöglich. Und die Kommission war offenbar nicht imstande, sich nach San Remo in die neue Lage der Dinge zu schicken.

Überdies verlor die Zionistische Kommission aus den Augen, daß sie nur infolge der militärischen Erfordernisse mit der Aufgabe betraut ward, als Vermittler zwischen der jüdischen Bevölkerung in Palästina und der provisorischen Lokalregierung zu wirken, welche die Okkupationsarmee eingesetzt hatte. Die Kommission nahm es auf sich, die Funktionen eines Staates auszuüben und gefiel sich in der Rolle einer Regierung. Sie begann anzunehmen, daß alle jüdische Arbeit und Betätigung in Palästina in ihr konzentriert und von ihr ausgeführt sein müsse. Sie gestaltete sich zum vielseitigen Wohltäter der jüdischen Bevölkerung und dem Jischub wurde bedeutet, von der Kommission die Erfüllung aller Wünsche zu erhoffen.

Die Folge war, daß fast der gesamte Jischub der Kommission zu Lasten fiel. In gewissem Maße war dies notwendig. Palästina ist in seinem gegenwärtigen Zustande kein gesundes Land und der Krieg hatte das ökonomische Leben bedenklich erschüttert. Sowohl das Joint Distribution Committee als die

American Medical Unit *) steuerten große Summen zu Zwecken der Armenunterstützung und Gesundheitsfürsorge bei und bis ganz kürzlich gingen alle diese Beiträge durch die Hände der Zionistischen Kommission. Die Bevölkerung wurde sich kaum eines Unterschiedes bewußt zwischen Unterstützungsgeldern und Zionistischen Fonds, und wenn das Budget des einen beschränkt war, wurde auf die Kommission Druck ausgeübt, das Fehlende aus anderen Quellen beizubringen. Widerstand seitens der Kommission war nicht leicht; war doch die Kommission selbst der Meinung, daß alle Erscheinungen des jüdischen Lebens sich in ihr konzentrieren sollten, und die Folge war, daß der ökonomisch unproduktive Teil ihres Budgets sich sowohl absolut wie relativ vergrößerte.

Seit der britischen Okkupation Palästinas ist eine Summe von nicht weniger als £ 1,300.000, daselbst seitens der Zionistischen Kommission unter dem Beistand des Joint Distribution Committee und der American Medical Unit verausgabt worden. Wie segensreich auch immer die geleistete Arbeit in mancher Hinsicht gewesen sein mag, das Problem der jüdischen Ansiedlung und Kolonisation in Palästina wurde kaum gestreift. Die kolossalen Summen, die ausgegeben wurden, haben nur in sehr bescheidenem Maße, wenn überhaupt, zur Förderung der Gründung eines sich selbsterhaltenden jüdischen Gemeinwesens beigetragen.

Das gegenwärtige System der Subventionierung unproduktiver Arbeit muß von Grund aus geändert werden, soll in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erwartendes Unheil vermieden werden. Die jetzt zur Verfügung stehenden Mittel genügen nicht, um die hohen Lasten des Budgets für die Erhaltung des Jischub zu tragen. Laufende, unproduktive Arbeit verschlingt so viel, daß nichts übrig bleibt zur Finanzierung der Einwanderung in den Anfangsstadien, geschweige denn für wirkliche Kolonisationsarbeit. Es muß wohl verstanden werden, daß der Druck des derzeitigen Jischub auf unsere Fonds das größte Hemmnis für die Finanzierung der Einwanderung bildet. Es wäre bereits zu einer großen Katastrophe gekommen, wäre nicht die Regierung imstande gewesen, Arbeit (beim Landstraßenbau) für mehr als zweitausend aus der Zahl der Einwanderer, die bis jetzt in Palästina angelangt sind, zu

*) Die American Medical Unit wird mit Geldmitteln aus den Fonds des Joint Distribution Committee und der Zionist Organisation Amerikas versehen.

beschaffen, so daß die Kommission nur genötigt war, einige Hunderte bei von ihr selbst vorgenommenen Arbeiten zu beschäftigen.

Die Unkosten, welche der Organisation durch die von der Regierung beschäftigten Einwanderer erwachsen, reduzieren sich auf Ausgaben für ersten Beistand und Ausrüstung, die sich auf nicht mehr als £ 20 für den Einwanderer belaufen; etwa die Hälfte davon wird in Gestalt von Darlehen vorgestreckt, welche durch Abschlagszahlungen getilgt werden sollen. Andererseits muß die Organisation für die von der Kommission beschäftigten Einwanderer £ 100 im Jahre pro Einwanderer allein an Löhnen zahlen. Es ist nicht eben angenehm sich auszumalen, was geschehen wäre, wenn die Kommission selbst sich in der Notwendigkeit gesehen hätte, Arbeit für 2500 Einwanderer zu finden zu einer Zeit, da sie, wie weiter unten dargelegt wird, weder Plan noch Methoden für wirtschaftlich produktive Arbeit vorbereitet hatte.

Die Zionistische Kommission ist sich schwerlich klar über den Ernst unserer Lage und über die Notwendigkeit rücksichtsloser Einschränkung aller unproduktiven Ausgaben. Sie und ihre verschiedenen Abteilungs-Chefs behaupten, daß, genau genommen, das gegenwärtige Budget nicht einen Posten enthalte, welcher gekürzt werden könne, ohne nationale Werte von unabsehbarer Bedeutung zu vernichten. Ihrer Meinung nach ist die Budgetziffer für wirtschaftlich unproduktive Arbeiten die denkbar niedrigste. Sie vertreten die Ansicht, daß die Einwanderung unter allen Umständen zu fördern sei, und zwar ohne Rücksicht auf die uns zur Verfügung stehenden Mittel und ohne Einschränkungen auf anderen Gebieten. Falls wir sie recht verstehen, so würden sie sogar die Ausgaben erhöhen, die momentan zum Besten der derzeitigen Bevölkerung gemacht werden. Ihre Theorie geht dahin, daß allein mittels eines generösen in alle Gebiete der Betätigung weitausholenden nationalen Geldaufwandes die Phantasien des jüdischen Volkes zu erregen und die selbst für ein bescheidenes Programm notwendigen Mittel zu erlangen sind.

Es ist immer schwer, praktische Beweisgründe gegen Gefühle und unfehlbares Verständnis für die Psychologie des jüdischen Volkes zur Geltung zu bringen. Indessen ist es nicht klar, wie diese Politik, welche früher als leitender Grundsatz für die Tätigkeit in Palästina galt, die unentbehrlichen Mittel herbeigeschafft haben soll. Nicht nur in Amerika, nein, in ganz Europa erheben sich Proteste gegen die unproportionell hohe Verwen-

derung unserer Mittel für laufende und wirtschaftlich unproduktive Ausgaben. Es ist schwer, bei nüchterner Erwägung die wahren nationalen Werte zu entdecken, welche zerstört worden wären, wenn die Zionistische Kommission eine gediegenere und häuslicherische Politik betrieben hätte. Wahrlich, es ist nicht leicht herauszufinden, inwiefern die Möglichkeiten für Einwanderung und dauernde Ansiedlung durch die Aktivitäten der Kommission gesteigert worden sind. Die Mittel der Kommission wurden für laufende Ausgaben verbraucht; bedauerlich wenig kam auf produktive Unternehmungen und deren Vorbereitung. Die Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit der unproduktiven Tätigkeit der Zionistischen Kommission, die wohl anfangs vermöge ihrer scheinbaren Ähnlichkeit mit der höheren Staatskunst verlockend waren, haben ihren Wert eingebüßt und sind, selbst für Propagandazwecke, in Mißkredit geraten. Sie gleichen jener schönen, bunt-schillernden Seifenblase, die man einen Augenblick lang bewundert, ehe sie zerplatzt und in Luft aufgeht.

Die Pläne und Politik der Kommission haben wenig Bezug zu der tatsächlichen Lage der Dinge. Die Kommission ist geneigt, alle Pläne, die sich innerhalb der Grenzen unserer Mittel halten, für unbedeutend und wertlos zu betrachten. Sie kommt mit ihren bescheidenen Mitteln nicht aus, weil sie dieselben als den Teil großer und zurzeit noch nicht greifbarer Fonds betrachtet, die, wie sie zuversichtlich erwartet, in allernächster Zeit ihr zuströmen werden. So sorgt sie nicht für Ersparnisse, die ihr geringfügig und knauserig dünken. Sie gibt aus, was sie besitzt, und treibt eine Finanzpolitik, die auf nichts anderes als Notbehelf und Improvisation hinausläuft.

Eine wirkungsreiche Finanzverwaltung in Palästina erfordert beträchtliches, flüssiges Kapital. Landankäufe sollten im großen gemacht werden, wann immer die Gelegenheit günstig ist, nicht heute und morgen in kleinen Stücken, je nach der Höhe des Londoner Wechsels. Die Schwierigkeit, entsprechende Reserven in Bereitschaft zu halten, hat zum Teil natürlich ihren Grund in dem Stande der Finanzen der internationalen Organisation. Man kann nie auf ein feststehendes Budget rechnen und die verfügbaren Beträge wechseln von Monat zu Monat. In Palästina ist es schwierig, irgendein Finanzsystem in geschäftsmäßiger Ordnung durchzuführen, falls nicht für ein Bar-Budget für mindestens drei Monate im voraus vorgesorgt ist.

Die Lage der Dinge ist jedoch in unentschuldbarer Weise dadurch verschlimmert worden, daß die Kommission sich beständig geweigert hat, ihre Ausgaben nach ihren Einnahmen zu richten. Sie machte wenig ernstliche Anstrengungen, der Nötigung, eingehende Summen auszugeben, noch ehe sie zur Hand waren, aus dem Wege zu gehen; ja zeitweise werden Defizite fast mit Bewußtsein kreierte. Rasch werden Verbindlichkeiten eingegangen, die die uns zur Verfügung stehenden Mittel weit übersteigen, ohne die Verpflichtungen im Auge zu behalten, welche dadurch direkt und indirekt übernommen werden. Transaktionen von bedeutender Höhe werden durchgeführt, ohne daß Interessen der Organisation irgendwie in kontraktlicher Form geschützt wären. Unter diesen Umständen ist eine wirkungsvolle Kontrolle des Budgets seitens der Exekutive ganz unmöglich. Die Kommission geht von der Theorie aus, daß uns die jüdische Nation die Mittel versage, nicht weil wir unser Geld vergeuden, nicht weil wir zu viel unternehmen, sondern weil wir zu wenig ausgeben; sie läßt es sich daher wenig angelegen sein, mit dem Budget auszukommen.

Das Zahlenmaterial, welches die verschiedenen Departements liefern, steht häufig in keinem Verhältnis zu den Mitteln, über welche wir verfügen, und ist überdies zumeist unrichtig, unbestimmt und unzuverlässig. Das der Jahreskonferenz von der Kommission unterbreitete Budget erheischte für das laufende Jahr eine Ausgabe von £ 4,000.000.—, während das Einkommen der Organisation zurzeit kaum an ein Zehntel dieses Betrages herankommt.

Hat die Exekutive ein Budget festgesetzt, so wird es ohne Umstände überschritten. Ein Defizit nach dem andern wird kreierte, Fonds werden untereinander gebracht und vermischt, ohne auf die Zwecke, für welche sie bestimmt sind, sonderlich Wert zu legen. Der Finanzsekretär der Kommission ist tatsächlich wenig mehr als ein Kassier, der auf Wunsch der Kommission jegliche Zahlung leistet, ohne sich um die Budgetposten und Anweisungen der Exekutive kümmern zu dürfen. Überdies wird jede wirksame Kontrolle seitens des Finanzsekretärs durch die administrative Autonomie einer Reihe von Departements und den Mangel einer systematisch zentralisierten Buchhaltung verhindert.

Der Zufall wollte es, daß uns gleich bei unserer Ankunft ein überaus beredtes und charakteristisches Beispiel der Unzulänglichkeit der Kommission vor Augen kam. Die Kommission hatte in

Gemeinschaft mit den Vertretern des Jüdischen National-Fonds den bedeutenden Ankauf eines großen Stück Landes im Namen des Jüdischen National-Fonds abgemacht. Obwohl reichlich Zeit vorhanden war, wurde kein Versuch gemacht, die Zionistische Exekutive oder das Hauptbureau des Jüdischen National-Fonds zu verständigen, ungeachtet des Umstandes, daß sowohl die Zionistische Kommission, wie die Vertreter des Jüdischen National-Fonds in Palästina jeglicher Vollmacht entbehrten, ein Geschäft von solcher Tragweite und Bedeutung abzuschließen. Ueberdies hatte sie die Exekutive im September ausdrücklich instruiert, vor Eintreffen der Reorganisations-Kommission in Palästina keine Landankäufe vorzunehmen. Eine gleichlautende Instruktion war vom Hauptbureau des Jüdischen National-Fonds im Haag telegraphisch ergangen. Ungeachtet all dieser klaren und ausführlichen Weisungen und ungeachtet der Tatsache, daß die Option auf das Land erst in einigen Wochen ablief, wurde der Ankauf ein paar Tage vor unserer Ankunft abgeschlossen. Mit anderen Worten, man empfing uns mit einem *fait accompli*.

Der Ankauf war im Namen des Jüdischen National-Fonds vorgenommen worden; die Zionistische Kommission teilte uns indessen mit, dies sei nur eine Formalität; das Land solle weiter verkauft werden. Dabei wurde dem Umstande wenig Beachtung geschenkt, daß der Jüdische National-Fonds für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen verantwortlich gemacht worden war und auf jeden Fall für die prompte Erfüllung des Kontraktes zu garantieren hatte, selbst wenn letzterer an andere Personen cediert werden sollte. Fast vergessen hatte man ferner, daß, sobald das Land einmal auf den Namen des Jüdischen National-Fonds eingetragen war, es unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes wurde und nicht wieder verkauft werden dürfte. Leichtfertig war ein Abschluß bewirkt worden, demzufolge der Jüdische National-Fonds gezwungen werden konnte, diese große Strecke Landes zu übernehmen, für Zahlungen von Summen zu haften, welche die ihm zur Verfügung stehenden Mittel weit übertreffen, und schließlich unwiderruflich in eine Kolonisationspolitik gedrängt zu werden, die als solche kaum in Betracht gezogen worden war.

Wäre dieser Abschluß gutgeheißen worden, so wäre der Jüdische National-Fonds verpflichtet gewesen, im Augenblick der Eintragung £ 65.000 als Abschlagszahlung des Kaufpreises und weitere £ 225.000 nebst Zinsen in sechs jährlichen Teilzahlungen

zu entrichten. Das gesamte Besitztum würde bis zur Bezahlung des vollen Kaufpreises mit einer Hypothek belastet worden sein. Der erste Teil der laut Kontrakt fälligen Abschlagszahlung war bereits aus Mitteln des Jüdischen Nationals-Fonds beglichen worden, welche der lokalen Geschäftsführung für andere Zwecke zur Verfügung gestellt wurden. Der Abschluß gehörte zugeständenermaßen in den Bereich der Palestine Land Development Company. Da diese Gesellschaft über keine Mittel verfügte, so zog man auf die Fonds des Jüdischen National-Fonds. Es war die alte Methode der Interessenverwechslung und des Durcheinanderwerfens verschiedener Fonds.

Wir führen diese Transaktion hier nur als ein Beispiel der unzulänglichen Geschäftsführung der Kommission an. Wir wollen im Augenblick nicht untersuchen, ob es klug ist, mehr Land, als wir zur Zeit gebrauchen können und als uns Mittel zur Verfügung stehen, zu hohen Preisen zu kaufen, wiewohl es nicht schwer ist, die Wirkung zu bemessen, die ein solches Vorgehen auf die Steigerung der Bodenpreise ausüben muß. Die Gefahr, daß nichtjüdische Kapitalisten Land zu einem Preise kaufen, der den kapitalisierten Wert seiner Ertragsfähigkeit weit übersteigt, ist schwerlich groß. Ebenso wenig sprechen wir von dem Mangel an Einsicht, den ein solcher Ankauf dokumentiert, der uns auf Jahre hinaus einer Kolonisationspolitik von unbewiesenem Werte überliefert. Auch lassen wir es unerörtert, ob eine angemessene Untersuchung dem Ankauf vorangegangen war, inwiefern diese Strecke Landes, vom Gesundheits- und sanitären Standpunkte aus betrachtet, für jüdische Ansiedlung wünschenswert sei.

Der Geschäftsabschluß verriet indessen nicht nur schlechte Verwaltung im Innern und eine Kolonisationspolitik von unerprobtem Werte, sondern war auch durchgeführt worden ohne Rücksicht auf unsere Verpflichtungen befreundeten Institutionen in Palästina gegenüber, mit denen, wie wir stets angenommen haben, es unsere Pflicht war, zu kooperieren. Der in Rede stehende Ankauf war abgeschlossen worden gegen den Rat einer jüdischen Kolonisationsgesellschaft, welche seit langer Zeit Unterhandlungen betreffs Ankaufes derselben Strecke Landes gepflegt hatte, indessen nicht geneigt war, den verlangten Preis zu bewilligen. Es ist vergebliche Hoffnung, eine Zentralagentur für Landankauf in Palästina zu etablieren, um Konkurrenz unter jüdischen Käufern und ungebührliche Preissteigerungen zu verhindern, wenn wir

nicht imtsande sind, einen besseren Weg hinsichtlich gemeinsamer Beratung und Kooperation einzuschlagen, als diese Transaktion an den Tag legt.

Das Beweismaterial ist in jeder Einzelheit allzu deutlich, als daß ein Zweifel bestehen könnte über die Unerläßlichkeit eines gründlichen und radikalen Wechsels in der derzeitigen Geschäftsführung und Administration in Palästina. Das zurzeit herrschende System — oder vielmehr das Ermangeln eines Systems — würde, wenn es weiter geduldet würde, binnen kurzem unser Werk diskreditieren und unvermeidlich einen ungünstigen Einfluß auf unsere Beziehungen zur Mandatsmacht herbeiführen.

Eine vollständige Reorganisation der Arbeit der Zionistischen Organisation in Palästina ist unerläßlich. Die Zionistische Kommission als solche hat ihr Werk abgeschlossen. Die Berufung eines Juden und Zionisten als High-Commissioner für Palästina, betraut mit der Aufgabe, die deklarierte Politik der Britischen Regierung mit Bezug auf das jüdische nationale Heim durchzuführen, machte der Funktion der Kommission als Vermittlerin zwischen der jüdischen Bevölkerung und der britischen Militärbehörde ein Ende. Es wäre nicht nur unnötig, sondern unrichtig, die Kommission als Vermittlerin zwischen den Juden in Palästina und ihrer eigenen Regierung bestehen zu lassen.

Sache der Zionistischen Organisation in Palästina ist die Förderung der Einwanderung, der Kolonisation und Ansiedlung. Hierin besteht heute die Uraufgabe der Zionistischen Organisation. Und dieses Werk hat die Zionistische Exekutive selbst in die Hand zu nehmen. Soll unser Werk in Palästina Erfolg haben, so müssen unsere Anstrengungen unabänderlich auf konstruktive Ansiedlung und Kolonisation konzentriert werden. Ökonomische Einrichtungen, wie sie das Wachstum und die Entwicklung eines wirtschaftlich unabhängigen Gemeinwesens verlangt, müssen getroffen werden. Unproduktive Ausgaben müssen weitgehenden Reduktionen unterzogen werden. Unser nationales Heim läßt sich nicht von neuem aufbauen ohne bedeutende Opfer an Geld und Leistungen seitens des jüdischen Volkes in aller Welt; doch die dauernde Abhängigkeit der gesamten Struktur des jüdischen Lebens in Palästina von der fortgesetzten Freigebigkeit der Juden in der Diaspora ist nicht unser Ziel. In Zukunft sollte die Zionistische Organisation weder in die Funktionen des lokalen jüdischen Gemeinwesens noch in die des Staates eingreifen. Sie hat nicht den Ehrgeiz,

eine Regierung innerhalb einer Regierung zu bilden. Tatsächlich ist sie nicht einmal die Regierung für die Juden in Palästina. Während die Zionistische Organisation nach unserer Meinung der angesessenen Bevölkerung nicht die verschiedenen Pflichten und Ämter abnehmen sollte, welche gewöhnlich von lokalen Gemeinwesen erfüllt und bekleidet werden, und ebensowenig die verschiedenen Regierungsgeschäfte führen sollte, welche in der Regel der Staat besorgt, so soll sie doch in gewissem Maße beiden, der Bevölkerung und der Mandatarmacht, bei dem Werke des schleunigen Aufbaues des jüdischen nationalen Heimes zur Hand gehen. Indessen ist die Natur und die Tragweite solcher Handreichung sorgfältig festzustellen.

Einerseits sollte der lokalen Bevölkerung keine Unterstützung dargeboten werden in Dingen, welche sie selbst zu behandeln imstande ist. Sonst folgt nur Demoralisierung und entsteht Widerwille unter der Bevölkerung gegen das Sich-Einmischen wohlmeinender Freunde in lokale Angelegenheiten. Die lokale Bevölkerung sollte ermutigt werden, lokale Angelegenheiten selbständig zu erledigen, und nicht daran gewöhnt werden, immer auf Geldunterstützung von außerhalb zu zählen. Die Tendenz der Zionistischen Kommission, sich eine zu wichtige Rolle in lokalen Angelegenheiten vorzubehalten, hat eben auf seiten des Jischub den Anspruch hervorgerufen, das Werk der Zionistischen Organisation in großem Umfang zu kontrollieren, ohne gleichzeitig etwa wirkliche Verantwortung, in finanziellem oder anderem Sinn, zu übernehmen.

Wiederum darf die Zionistische Organisation auch nicht sich zumuten, alle die Betätigungen eines Staates zu übernehmen. Allerdings muß sie noch für einige Zeit das Werk des Staates in Sachen der Einwanderung, Gesundheitspflege und anderen Angelegenheiten ergänzen. Doch hat sie nicht die Machtvollkommenheit, Steuern aufzuerlegen, und man darf nicht von ihr erwarten, daß sie große Aufforstungs- und Assanierungsarbeiten ausführe; dies ist die Pflicht des Staates im Interesse der gesamten Einwohnerschaft. Der Zionistischen Organisation sollte vielmehr obliegen, vermöge ihrer Kolonisations- und Ansiedlungsarbeit, die steuerfähigen Quellen des Staates zu vermehren, so daß die Regierung in den Stand kommt, einen beständig wachsenden Teil der unproduktiven Posten unseres Budgets zu übernehmen. Das Wachstum des wirtschaftlichen Vermögens des Landes infolge der jüdischen Ansiedlung wird allen Einwohnern von Palästina,

ohne Rücksicht auf Rasse oder Religion, zugute kommen. Wohlwollen und Freundschaft der nichtjüdischen Bevölkerung werden wohl im Laufe der Zeit vielmehr von dem wirtschaftlichen Reichtum, den wir im Lande hervorbringen, abhängen, als von irgendeiner Politik, die wir verfolgen.

Zweiter Teil.

Einwanderung und Wirtschaftsleben.

Der Wunsch des jüdischen Volkes, zahlreich in Palästina einzuwandern, kann nicht bezweifelt werden. Die jahrhundertelange Sehnsucht unseres Volkes in Verbindung mit seiner Unterdrückung im Osten Europas hat einen Strom von Einwanderung eröffnet, der wohl geregelt, aber von keiner Macht auf Erden gehemmt werden kann.

Nichtsdestoweniger dürfen der Wunsch und das Streben unseres Volkes nicht die Tatsache verhüllen, daß der Umfang der Einwanderung lediglich von den wirtschaftlichen Bedingungen Palästinas abhängt. Dies wurde in dem Bericht der Exekutive an das Große Aktionskomitee im Oktober 1920 (englische Ausgabe, Seite 29—40) ausführlich dargelegt. Das jüdische Volk ist vollkommen fähig zu verstehen, daß Einwanderung in ausgedehntem Maße nur stattfinden kann, wenn die Mittel zur Lebenserhaltung geschaffen sind. Es sollte nicht durch Gerede über sofortige unbeschränkte Masseneinwanderung irreführt werden.

Unser Problem ist keineswegs lediglich das der Einwanderung. Mit dem Eintreffen der Einwanderer in Palästina beginnt erst unsere Arbeit. Denn unsere Aufgabe ist es, die Bedingungen zu schaffen, welche eine beständig sich vergrößernde Zahl von Juden in die Lage versetzen, im wirtschaftlichen Leben Palästinas aufzugehen und selbsterhaltende Bürger zu werden. Unsere Chaluzim kommen nicht nach Palästina, um dort zu sterben, und erst recht nicht, um von Almosen zu leben. Sie kommen nicht allein, um im Schweiß ihres Angesichts zu arbeiten, sondern um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Das jüdische nationale Heim, das wir erstreben, ist mit

nichten eine künstlich genährte und von außen geschützte Pflanze. Ein lebendiges, wachsendes, kulturwirkendes Gemeinwesen kann nicht in Palästina Wurzel fassen und von Dauer sein ohne eine beständige wirtschaftliche Grundlage.

Möglich, daß die Zionistische Kommission die gleiche Auffassung von dem Problem der Einwanderung hat, aber die Art ihres Vorgehens deutet nicht hierauf hin. Die Zionistische Kommission scheint zurzeit unter Einwanderung nicht viel mehr zu verstehen, als daß Juden nach Palästina kommen, daß London das nötige Geld schickt, um sie aufzunehmen, unterzubringen, zu bekleiden, mit Lebensmitteln zu versehen und zur Arbeit zu schicken. Ob diese Arbeit produktiv oder unproduktiv sei, das ist für die Kommission nur ein Gegenstand untergeordneter Bedeutung.

Angesichts der sentimentalen Proteste aus Palästina gegen jede Regulierung freier und unbeschränkter Einwanderung hatten wir erwartet, daß man uns beweisen würde, daß eine viel größere Zahl von Ansiedlern, als wir angenommen hatten, im wirtschaftlichen Leben des Landes aufgehen könnten. Statt dessen fanden wir, daß keinerlei angemessene Vorbereitungen gemacht worden waren, selbst eine beschränkte Anzahl von Einwanderern produktiver Arbeit zuzuführen.

Für ein gehörig vorbereitetes Einwanderungsbudget wird nicht gesorgt, die Folge davon ist eine dauernde Unbestimmtheit im Vorgehen. Die Einwanderer werden im Ankunftshafen ungebührlich lange auf Kosten der Organisation unterhalten, oft zwei bis vier Wochen lang. In einem Falle wurde eine Einwanderungsgruppe durch mehrere Wochen in Jaffa ausgehalten, weil es an Geld fehlte, sie an ihren Arbeitsort zu bringen; tatsächlich haben indessen die Unkosten der Erhaltung dieser Leute in Jaffa die Transportkosten überstiegen! Kritik derartiger Finanzverwaltung ist überflüssig.

Die Organisation der Einrichtungen für Empfang der Einwanderer ist großenteils den Arbeiterorganisationen überlassen, obgleich die hierfür erforderlichen Mittel von der Zionistischen Organisation geliefert werden. Die Einrichtungen können nicht anders als in der Eile hergestellt und ärmlich sein. Die Einwanderer werden teilweise in Holzbarracken, teilweise in Mietswohnungen untergebracht, ihre Mahlzeiten nehmen sie in Küchen ein, welche die Zionistische Kommission unterhält und in der Regel durch die Arbeiterorganisationen führen läßt. Die Einwanderer haben gewöhnlich keine

eigenen Mittel und müssen mit Kleidung versehen werden. Wir waren der Ansicht, daß eine geeignete, tüchtige Persönlichkeit mit Organisationsgeschick ganz bedeutende Ersparnisse in allen Zweigen dieses Betriebes erzielen könnte.

Nur mit großem Lob können wir von den Arbeiterorganisationen berichten für die Art, in welcher sie ihren Beistand geleistet haben. Ihr Werk ist besonders vielversprechend, weil es die politischen Differenzen in den Hintergrund geschoben und den lokalen wirtschaftlichen Charakter ihrer Organisationen zur Geltung gebracht hat. Wir halten es allerdings für höchst wichtig, daß die Arbeiterorganisationen an der Einrichtung eines Einwanderungs- und Arbeitsbureaus aktiven Anteil nehmen, aber wir meinen doch, daß die Arbeit dieses Bureaus derart gestaltet sein sollte, daß sie der Zionistischen Exekutive direkt unterstellt ist, deren Pflicht es ist, für ein promptes Aufgehen des Einwanderers im Wirtschaftsleben des Landes Sorge zu tragen. Dieses Einwanderungs- und Arbeitsbureau hat seine Arbeit im engsten Zusammenhang mit der Regierung von Palästina auszuführen.

Wie wir wiederholt betont haben, hat die Finanzierung der Einwanderung nur dann Wert, wenn letztere mit dem wirtschaftlichen Leben des Landes verbunden wird. In diesem Punkte aber hat sich die Politik der Kommission am schwächsten erwiesen. Bisher war die Kommission nicht imstande, zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit zu unterscheiden. Sie übersieht den Unterschied der Kosten, welche der Organisation durch Einwanderer erwachsen, die von der Regierung und anderweitig produktiv beschäftigt werden, und denen, welche die Kommission selbst bei verhältnismäßig unproduktiven Arbeiten beschäftigt. Sie würde nichts einzuwenden haben, wenn die Zahl der Einwanderer, die bei ihr selbst Arbeit suchen, immer weiter zunehmen sollte. Sie übersieht völlig den Schaden, der unserem Werk durch ihre Politik eines zentralisierten Absolutismus entsteht, sowie die verhängnisvollen Folgen, die durch etwaige Erschöpfung unserer Mittel eintreten dürften. Sie vergegenwärtigt sich nicht, daß nicht väterliche Fürsorge, sondern freier Spielraum für individuelle und kooperative Leistungen und Unternehmungen wünschenswert sind. Es scheint ihr nicht ganz gegenwärtig zu sein die Notwendigkeit, in Palästina ein frisches und vielseitiges wirtschaftliches Leben entstehen zu lassen.

Natürlich ist es leichter, solch ein Problem aufzustellen, als die Lösung dafür zu finden. Indessen sind wir der Ansicht, daß wir uns nicht versagen sollten, in großen Zügen die Richtlinien der Annäherung an dieses Ziel zu entwerfen.

Das wirtschaftliche Leben in Palästina läßt sich am einfachsten unter drei Abschnitten behandeln:

- a) Öffentliche Arbeiten ;
- b) Handel und Industrie ;
- c) Landwirtschaft.

Die Regierung und die Zionistische Organisation haben direkt oder durch Korporationen für öffentliche Zwecke öffentliche Arbeiten zu initiieren. Auf den verschiedenen Gebieten des Handels und der Industrie vermögen Regierung und Zionistische Organisation kaum mehr als günstige Vorbedingungen zu schaffen. Die tatsächliche Organisation kaufmännischer und industrieller Unternehmungen muß großenteils individuellen und korporativen Anstrengungen überlassen bleiben. Für die landwirtschaftliche Ansiedlung sollte der jüdische National-Fonds Land erwerben und die ersten Ameliorationen vornehmen, aber die Funktionen der Organisation müssen festgesetzt und genau beschränkt werden.

Doch wie soll dieser individuellen und kooperativen Betätigung geholfen werden? Da müssen Fonds vorhanden sein, welche unentbehrlich wie sie als Grundlage eines selbständigen wirtschaftlichen Lebens sind, den Stiftern keine Zinsen bringen können. Da sind die Bedürfnisse der Einwanderer von dem Augenblick ihrer Ankunft an bis zur Zeit ihrer Unterkunft bei produktiven Arbeiten. Für sanitäre Maßnahmen und medizinische Hilfe ist zu sorgen, insoweit, als die Regierung diese Lasten nicht übernehmen kann oder will; denn es wäre falsche Sparsamkeit, wollte man die Kraft und Leistungsfähigkeit unserer Pioniere durch Krankheit untergraben lassen. Bei nationalen Fonds, die benützt werden, um Land anzukaufen und die ersten Vorkehrungen für agrikulturelle Ansiedlung zu treffen, können entsprechende Rückeinkünfte nicht vor Ablauf mehrerer Jahre erwartet werden.

Aber die Grenze für alle à fond perdu-Ausgaben muß scharf markiert und das Gefühl der Selbständigkeit und des Selbstvertrauens unserer Ansiedler entwickelt und in den Dienst der Sache gestellt werden. Das beste Mittel, individuelles und kooperatives Bemühen in Palästina zu fördern, ist die Gewährung von Kredit, nicht aber von Almosen. Kredite aller Arten müssen vorgesehen

werden, um den Ansiedlern Gelegenheit zu geben, ihren eigenen Wert zu bewähren. Unsere Aufgabe ist es, den Pionieren zur Selbsthilfe zu verhelfen. Bei zureichenden und verständnisvoll verwalteten Kreditmitteln werden die Lebensverhältnisse Palästinas selbst die Gebiete bestimmen, die sich am besten für die Entwicklung durch individuelle kooperative und öffentliche Anstrengungen eignen.

Dem Jischub kann ferner zu steigender Unabhängigkeit verholfen werden durch die Pflege kleiner Konsumvereine und die Gründung einer öffentlichen Großeinkaufsgesellschaft. Die Kosten des Lebensunterhaltes sind in Palästina abnorm hoch im Vergleich mit denen anderer Länder. Die Organisation der Einfuhr ist mangelhaft, die privaten Profite sind in manchen Fällen übermäßig hoch; eine öffentliche Großeinkaufsgesellschaft und Konsumvereine sollten dazu führen, die Kosten des Lebensunterhaltes beträchtlich herabzusetzen. Der Hamaschbir, eine kooperative Konsumgenossenschaft von Arbeitern, hat bereits zu Preißermäßigungen beigetragen. Die öffentliche Großeinkaufsgesellschaft, zu Anfang mit ausländischen Mitteln finanziert, könnte später von der Bevölkerung Palästinas übernommen und auf kooperativer Grundlage geführt werden.

Zur Förderung eines gesunden Wirtschaftslebens kann ferner die Gründung einer zentralen Landankaufsagentur beitragen. Eine derartige Agentur würde unter verständiger Leitung dazu dienen, zu verhindern, daß jüdischerseits durch Überbietungen die Bodenpreise künstlich und außer allem Verhältnis zum Produktionswerte des Bodens in die Höhe getrieben würden. Eine solche Agentur würde in der Lage sein, große Strecken Landes zu erwerben und davon je nach dem Bedürfnis des individuellen Käufers abzugeben. Eine zentrale Agentur dieser Art könnte ferner Land von besonderem Werte für jüdische Kolonisation erwerben. Selbstverständlich müßte eine solche zentrale Landankaufsagentur einen ausgesprochen öffentlichen Charakter haben, um des Vertrauens der Regierung und unseres eigenen Volkes gewiß zu sein. Sie muß in enger Kooperation mit dem jüdischen National-Fonds arbeiten, dem das Recht zustehen soll, jeden durch die Zentralagentur für ihre eigene Rechnung erworbenen Boden zum Kostenpreise zuzüglich einer bescheidenen Provision zu übernehmen. An der Spitze der Agentur sollte ein Direktor unter der Kontrolle eines Governors stehen, den die Zionistische Exekutive

ernennt, und der über einen angemessenen Zinsfuß hinausgehende Gewinn sollte ungekürzt zum Besten jüdischer Ansiedlung verwendet werden. Wir beantragen die Palestina Land Development Company zu dieser Agentur zu machen, unter der Bedingung, daß ihre Statuten geändert werden, um allen oben ausgeführten Anforderungen zu entsprechen.

Wir werden uns jetzt der Erwägung des wichtigen Problems des Aufgehens der Einwanderer im Wirtschaftsleben des Landes, besonders in seiner Beziehung zu öffentlichen Arbeiten, Handel, Industrie und Ackerbau, zu.

Dritter Teil.

Öffentliche Arbeiten.

Palästina ist durch lange Zeit ein verwaorlostes Land gewesen und erfordert dringend öffentliche Verbesserungen aller Art. In welchem Umfang diese öffentlichen Arbeiten ausgeführt werden können, wird hauptsächlich vom Einkommen der Regierung abhängen und von den Mitteln, welche die Zionisten für diese Zwecke aufbringen können.

Eine öffentliche Arbeit von allererster Bedeutung ist die Entwicklung der Wasserkräfte. Palästina ist ein Land ohne Brennmaterial und die Ausnützung seines Wasserbestandes ist für selbst ein bescheidenes industrielles Leben unerläßlich. Ein Projekt für die Entwicklung der Wasserkraft wird soeben geprüft. Sollte das Projekt bei Prüfung seitens der Regierung und Sachverständiger an Ort und Stelle sich als technisch einwandfrei erweisen, so müßte die Konzession zu Bedingungen erworben werden, welche die Interessen des jüdischen nationalen Heimplandes in entsprechender Weise sicherstellen würden; Schritte, das erforderliche Kapital aufzubringen, sollten sofort getan werden. Ein Projekt dieser Art würde nicht allein einer großen Zahl von Einwanderern am Arbeitsorte selbst Beschäftigung geben, sondern würde, wenn ausgeführt, das Wachstum industriellen Lebens fördern und somit vielen Juden dauernde Arbeit verschaffen. Hand in Hand mit der Entwicklung der Wasserkraft geht die Landbewässerung, die ihrerseits auf mehrfache Weise neuen Raum für die jüdische Ansiedlung schaffen würde.

Weniger wichtig für die Zukunft als das Projekt für Entwicklung von Wasserkraft, aber dafür um so wichtiger vom Standpunkt sofortiger Beschäftigung für jüdische Arbeit sind die öffentlichen

Arbeiten, welche die Regierung zurzeit ausführen läßt. Sie bestehen hauptsächlich in Straßenanlagen und Verbesserungen. Über 3000 neuangekommene jüdische Arbeiter sind mit dieser schweren Arbeit beschäftigt. Der Eifer und die Ergebenheit dieser jungen Männer und Frauen erheben sich über alles Lob. Sie arbeiten hart und mit Begeisterung am Aufbau des nationalen Heims. Sie sind das Material, aus dem eine wirkliche Nation sich aufbaut.

Die Regierung wäre willens, eine viel größere Zahl von Einwanderern dieser Art zu verwenden, wenn wir das Kapital besäßen, dieselben mit der für diese Arbeit notwendigen Ausstattung zu versehen. Jetzt befindet sich ein Arbeiterkorps von 8000 Mann, zumeist Ägypter, im Lande, die größtenteils an den Eisenbahnen arbeiten. Die Regierung würde wahrscheinlich bereit sein, dieses ganze Korps allmählich durch jüdische Kräfte zu ersetzen. Irren wir uns nicht, so beginnt die Regierung von Palästina einzusehen, daß jüdische Arbeit für Palästina so wichtig ist wie englische Arbeit für England, und daß billige, ausländische Arbeit in Palästina in politischem Sinne ebenso unangebracht ist, wie sie es in Großbritannien wäre. Wir halten es für höchst bedauerlich, daß der Vorschlag der Regierung, noch weitere Arbeiter zu verwenden, von der Zionistischen Kommission nicht sogleich angenommen werden konnte, weil alle uns zur Verfügung stehenden Mittel benötigt waren, um die Forderungen des überwiegend unproduktiven Budgets der Kommission zu decken.

Es ist wichtig, die Frage der gegenwärtigen Organisation der an öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter zu studieren und nach Mitteln zu forschen, deren Anwendung den selbsterhaltenden Charakter der Unternehmungen fördern und soweit als möglich gewährleisten würde. Die Arbeit, welche diese herzhaften Pioniere liefern, sollte, wenn sachgemäß organisiert, zureichen, sie wirtschaftlich frei und unabhängig zu halten.

Zurzeit werden die jüdischen Arbeiter auf Grund von Kontrakten engagiert, die seitens der Arbeiterorganisationen für Ausführung spezifischer Arbeiten von der Regierung erlangt wurden. Die Entlohnung erfolgt nicht nach Arbeitsstunden, sondern nach dem geleisteten Werk. Solche Kontrakte sind wesentlich, denn jüdische Arbeit leistet ihr Bestes und Tüchtigstes erst dann, wenn die Arbeiter sich bewußt sind, daß sie die Verantwortung für das ganze Unternehmen zu tragen haben. Wir glauben, daß unter solchen Bedingungen jüdische Arbeit sich in jeder Hinsicht besser

bewähren wird als die billigen Tagelöhner, obwohl jüdische Arbeit nicht imstande sein mag, unter den Bedingungen des herkömmlichen Lohnsystems erfolgreich zu konkurrieren. Hoffentlich wird sich die Regierung diesen Tatsachen nicht verschließen und den jüdischen Gruppen mehr und mehr Arbeit auf der Grundlage von Kontrakten für die Ausführung bestimmter Arbeit zukommen lassen, nicht aber versuchen, jüdische Arbeiten auf die Grundlage der gewöhnlichen Löhnung zu stellen. Es mag interessieren, daß die Regierungsbeamten, mit denen wir uns unterhielten, ihrer Zufriedenheit mit der Arbeit der jüdischen Gruppen Ausdruck verliehen und sich bemühten, uns von der Wichtigkeit zu überzeugen, diesen Gruppen als solchen einen noch definitiveren Charakter zu verleihen.

Die Arbeiterorganisationen verhandeln nicht nur mit der Regierung wegen der Kontrakte, sondern richten auch Lager, Küchen und Feldlazarette ein, und liefern die erforderlichen Geräte und Ausstattung. In einzelnen Fällen steht ihnen die American Medical Unit zur Seite. Die Arbeiterorganisationen gliedern überdies die Arbeiter in Gruppen, welche die einzelnen Arbeiten durchführen. Man ist bemüht, die Gruppen mit technischen Leitern, Buchhaltern und Lehrern des Häbreischen zu versehen. Die Arbeiterorganisationen verdienen alle Anerkennung für die Geschicklichkeit und den Eifer, den sie bei dieser Sache an den Tag gelegt haben, und insbesondere für ihr unentwegtes Festhalten an ihrer wirtschaftlichen Aufgabe, ohne zu versuchen, aus ihren Bemühungen politisches Kapital zu schlagen oder irgendeinen Unterschied zwischen Einwanderern auf Grund ihrer politischen Überzeugung zu machen.

Demungeachtet sind radikale Verbesserungen in der Organisation des Werkes notwendig. Die Gruppen erhalten keine erschöpfende Auskunft über den Inhalt ihrer Kontrakte. Sie sind sich gerade nicht darüber im klaren, was für ein Teil der kontraktlichen Vergütung direkt an sie gezahlt wird und wieviel für ihre Rechnung zu verschiedenen Zwecken verausgabt wurde. Das Werk wird jetzt von der Zionistischen Kommission finanziert, die selbst noch weniger als die Arbeitergruppen über den Charakter der von den Arbeiterorganisationen durchgeführten finanziellen Operationen unterrichtet ist.

Die Kontrakte sind nicht auf gleichförmiger Grundlage ausgefertigt und dies führt zu beträchtlicher Konfusion bei der Be-

rechnung der Amortisation und den Auslagen für Ausrüstung sowie bei anderen Gelegenheiten. Der Durchschnittslohn der Arbeiter in den verschiedenen Lagern schwankt zwischen 20 und 30 Piastern pro Tag. Der Durchschnitt würde bedeutend niedriger sein, wenn Abzüge für beschäftigungslose Tage gemacht würden, die während der Regenzeit unvermeidlich sind. Es ist höchst wichtig, diesen Punkt beim Abschluß zukünftiger Kontrakte im Auge zu behalten. Die Leitung der verschiedenen Lager untersteht nicht einer zentralen Verwaltung und die Kosten, welche die verschiedenen Gruppen in Rechnung stellen, differieren bedeutend. Die Kosten für Ernährung z. B. bewegen sich in den verschiedenen Lagern zwischen 13 und 23 Piastern pro Tag. Viele Lager sind, vom sanitären Gesichtspunkt aus betrachtet, ungünstig gelegen und die hygienischen Zustände sind gewöhnlich schlecht. Krankheitsfälle und verminderte Leistungsfähigkeit sind die unvermeidlichen Folgen. In einem Lager befanden sich an einem Tag von 300 Arbeitern 40 auf der Krankenliste.

Die Ausrüstung der Arbeiter ist ärmlich und ungenügend. An der Tiberiasstraße sind 75% der Arbeiter nicht einmal vollständig mit dem Minimum versehen, welches angenommenermaßen aus zwei Stück Unterwäsche, zwei Paar Strümpfen, Arbeitshemd und Beinkleidern, einem Paar Stiefel und zwei wollenen Decken bestehen soll. In einem Lager an der Straße Nazareth-Haifa hatten acht Arbeiter keine Betten und fünfundzwanzig keine Stiefel.

Die Mängel der Organisation sind eine Folge teilweise unentsprechender Verwaltung, teilweise der unzureichend vorhandenen Mittel. Das Werk wurde ernstlich durch den Mangel notwendiger Gesundheitsvorkehrungen gehemmt, da das Budget der American Medical Unit nicht zureicht, um das Erforderliche zu decken, und es ist nicht gelungen, der Medical Unit neue Einnahmequellen zuzuführen. Wir haben das Werk der Medical Unit und seine Bedeutung mit Hinsicht auf zukünftige Kolonisation nicht geprüft. Aber wir vermögen die Ansicht nicht zu teilen, daß die Zionistische Organisation keine Verantwortung treffe in Sachen der medizinischen Hilfe und sanitärer Vorkehrungen für die Kwishim, sofern die Mittel der Medical Unit nicht hinlangen, um diese notwendigen Dienste durchzuführen.

Die Mängel in der Organisation des Werkes sind seitens der Arbeiter nicht unbeachtet geblieben und im Interesse einer zunehmenden Koordination der einzelnen Gruppen wirkt jetzt die

Bildung eines Bureaus für öffentliche Arbeiten, an der sämtliche Arbeiterorganisationen teilnehmen. Dieses Bureau wird alle Kontrakte mit der Regierung abschließen und sie alsdann unter den Gruppen verteilen. Die Überwachung aller Küchen durch einen Diätetiker der Hadassah ist vorgesehen. Man beabsichtigt, daß die Entlohnung aus den verschiedenen Abmachungen mit der Regierung normiert werde, so daß nicht einer Gruppe ein schlechtbezahlter Kontrakt aufgebürdet, während eine andere durch einen ausnahmsweise guten begünstigt wird. Es ist indes zu hoffen, daß die Initiative und der Unternehmungsgeist der Gruppen erhalten bleiben und kein gleichförmiges Tageslohnsystem ohne Rücksicht auf Leistungen eingeführt wird. Die Vergütung, welche nach den jetzt bestehenden Kontrakten erhalten wird, gestattet keine Ansammlung großer Reserven beim Bureau der öffentlichen Arbeiten, obwohl es wünschenswert ist, daß, sofern und sobald es die Umstände erlauben, für beschränkte Reserven, für unvorhergesehene Verbindlichkeiten und für soziale Versicherungszwecke gesorgt wird. Um den öffentlichen Charakter des Bureaus zu bewahren und die Interessen des gesamten Arbeitergemeinwesens als solches zu schützen, dürfte es ratsam sein, Sorge zu tragen daß diese beschränkten Reserven unter keinen Umständen an die Mitglieder in Gestalt von Dividenden aus dem Reingewinn verteilt werden. Das Prinzip der Raiffeisenreserven dürfte als geeignetes Beispiel dienen.

Wir sind der Ansicht, daß soweit als tunlich die Manipulation der Kontrakte und die Verwaltung der Gruppen den Arbeitern selbst überlassen sein sollte. Die Bildung eines Zentralbureaus dürfte die Beziehungen der Zionistischen Organisation zu den Gruppen beträchtlich erleichtern. Es dürfte sich nicht für die Organisation empfehlen, die Verantwortung direkter Kontrolle der Administration des Bureaus der öffentlichen Arbeiten zu übernehmen. Die Interessen der Organisation sind durch ihre Kontrolle über die von der Gruppe beanspruchten Kredite hinreichend geschützt. Die Organisation hat indessen bisher diese Überwachung der Finanzen der Gruppe nicht ausgeübt, wie sie es unserer Ansicht nach schon mit Hinsicht auf unsere pekuniäre Beteiligung hätte pflichtschuldigerweise tun sollen. Auch war nicht dafür gesorgt werden, daß koschere Kost in allen Küchen vorrätig war.

In der Vergangenheit hat die Zionistische Organisation den Charakter der den Arbeitern geleisteten Vorschüsse zu wenig

Beachtung geschenkt und zwischen Darlehen und Gaben wurde kein deutlicher Unterschied gemacht. Es ist beabsichtigt, daß in der Zukunft für jederlei Beistand, den die Organisation leistet, einer der drei Fonds je nach Art der Leistung belastet wird.

1. Einwanderungs- und Arbeitsbudget.

Der Plan geht dahin, daß alle nichtrückzahlbaren Zahlungen aus diesem Budget geleistet werden. Diese Ausgaben sollten in zwei Klassen geteilt werden:

a) Einwanderungsbudget.

Unter diesen Posten werden die Ausgaben fallen für Einwanderer vom Tage ihrer Ankunft bis zur Zeit, da sie Beschäftigung finden. Da die meisten Einwanderer keine eigenen Mittel haben, muß die Organisation alle mit der Landung verbundenen Kosten bezahlen. Die Landungsgebühr beträgt 20 Piaster pro Kopf und die weiteren Auslagen für Ausschiffung der Einwanderer und Gepäcktransport betragen ungefähr 15 oder 16 Piaster für jede Person. Die Kosten für Unterkunft und Speisung der Einwanderer am Hafenplatz, bis Arbeit für sie gefunden wird, differieren zwischen 18 bis 24 Piaster pro Tag und Person. Die Kosten der Überführung der Arbeiter an den Ort ihrer Tätigkeit betragen allenfalls 30 bis 100 Piaster. Lazarettausgaben für Kranke und Beschädigte schwanken zwischen 20 und 30 Piaster pro Tag und Arbeiter, und häufig ist die höhere Ziffer noch nicht ausreichend.

b) Arbeitsbudget.

Es ist von großer Wichtigkeit, daß die Beschäftigung der jüdischen Arbeiter soweit und sobald als möglich auf eine sich selbsttragende Grundlage gestellt wird. Die Arbeiter sollten lernen, finanziellen Beistand nur in der Gestalt von Darlehen zu erwarten, welche sie von ihrem eigenen Verdienst zurückzahlen können. Auf kurze Zeit indessen mag es unerläßlich sein, den Arbeitern beschränkten Beistand für medizinischen Dienst, gesundheitsmäßige Vorkehrungen und Unterricht im Hebräischen zu leisten.

Die Einwanderungs- und Arbeitsfonds sollten unserer Meinung nach durch unser Einwanderungs- und Arbeitsbureau verwaltet werden. Für die Leitung des Bureaus muß ein energischer, tüchtiger Direktor gewählt werden, welcher das Vertrauen und die Achtung aller Arbeiter genießt.

2. Die Arbeiter-Bank.

Das Anfangskapital dieses Institutes wird sehr gering sein, jedoch wird ihr die Jüdische Kolonial-Bank einen Darlehensfonds von £ 40.000.— zur Verfügung stellen. Die Interessen der Zionistischen Organisation und der Jüdischen Kolonial-Bank werden hinreichend geschützt durch Vertretung im Direktorium und durch die Ernennung eines Governors seitens der Zionistischen Exekutive mit dem Vetorecht, Vorschüsse aus dem Darlehensfond betreffend. Der Darlehensfond wird in Vorzugsaktien (preference shares) konvertiert wann immer die Arbeiter gleichlautende Beträge in gewöhnlichen (ordinary shares) Aktien aufnehmen. Preference shares und ordinary shares werden zu gleichen Teilen im Direktorium repräsentiert, im Interesse der Gemeinde der Arbeiter jedoch wird die Hälfte des Stimmrechtes der ordinary shares auf Gründeraktien (Founders shares) eingetragen, welche auf den Namen repräsentativer Palästinensischer Arbeiterorganisationen lauten sollen.

Es bleibt zu hoffen, daß die Bank nicht von oben herab, sondern von den Arbeitern selber nach den Grundsätzen der Kooperation und gemeinschaftlicher Verantwortlichkeit betrieben wird, so daß hinter dem Darlehen die Garantie der organisierten Arbeit von Palästina steht. Vorschüsse sollten nur gewährt werden, wenn die Rückbezahlung von Kapital und Zinsen durchaus gesichert erscheint.

Es ist beabsichtigt, Vorschüsse gegen Überschreibung von Regierungskontrakten zu leisten. Die Mehrzahl der Darlehen wird kurzfristig sein und dem Zweck dienen, die Arbeiter mit Kapital zum Anschaffen von Werkzeug und Ausrüstung zu versehen.

Wir hätten am liebsten die Arbeiter-Bank als ein ausschließlich den Arbeitern gehörendes Institut gesehen und für sie nur einen Darlehensfonds zur Benützung im Bedarfsfalle eingerichtet. Indessen angesichts der Überweisungen, welche die Exekutive bereits an die Arbeiter gemacht hat, meinten wir, es nicht ablehnen zu können, daß die Jüdische Kolonial-Bank die preference shares übernehme, falls die Arbeiter es durchaus wünschten.

3. Der Arbeiter-Ausrüstungsfond (Equipment Fund).

Die Arbeiter-Bank wird nicht in der Lage sein, die Arbeiter mit allen Mitteln zu versehen, welcher sie für Ausrüstung und Kleidung bedürfen, und ihr Werk wird durch einen Arbeiter-Aus-

rüstungsfonds zu ergänzen sein. Es ist nicht möglich, zwischen beiden eine scharfe Trennungslinie zu ziehen. Beide haben die Bestimmung, Darlehen zu leisten, aber was die Arbeiter-Bank anbetrifft, so werden die Vorschüsse gewöhnlich verhältnismäßig kurzfristig und durch Kontrakte garantiert sein, während beim Ausrüstungsfonds die Frist eine längere und die Sicherheit hauptsächlich persönlicher Art sein dürfte, ausgenommen insofern, als die Darlehen durch die gegenseitige Verantwortlichkeit der organisierten Gruppen garantiert sind. Die Arbeiter werden ferner aufgefordert werden, an der Verwaltung des Ausrüstungsfonds teilzunehmen, der unter der Aufsicht eines von der Zionistischen Exekutive ernannten Governors stehen soll.

Wenn diese Fonds gehörig verwaltet werden, so sollte es den Arbeitern möglich sein, sich bei den öffentlichen Arbeiten auf einer wesentlich selbständigen Basis zu erhalten. Die Kosten für Bedarfsartikel sollten durch die Einrichtung einer öffentlichen Großeinkaufsgesellschaft in Ergänzung der Arbeit des Hamaschbir vermindert werden. Keine Mühe sollte gespart werden, den bewundernswerten Geist von Unabhängigkeit und Selbstvertrauen zu bewahren, den die Arbeiter nach Palästina gebracht haben.

Wir sollten ferner im Auge behalten, daß die Gruppen nicht auf unbegrenzte Zeiten fortfahren können zu arbeiten, wie sie es heute tun. Sie müssen auf eine permanentere Grundlage gestellt werden. Sie müssen in die Lage versetzt werden, durch den Gebrauch vollkommener Werkzeuge und moderner Maschinen mehr zu verdienen. Ernährung und Unterkunft müssen verbessert werden. Die Mühsal und Anstrengung ihrer gegenwärtigen Existenz muß erleichtert und die Lebensstellung gehoben werden. All ihrer Arbeit und Hingabe ungeachtet, besteht zurzeit für die Gruppe keine Möglichkeit normaler, sozialer Entwicklung. Heiraten und Familienleben sind ausgeschlossen. Wiewohl diejenigen, welche bei den öffentlichen Arbeiten verbleiben, niemals ein leichtes Dasein haben dürften, so muß ihnen doch die Aussicht auf erträgliche und zuverlässige soziale Verhältnisse gegeben werden.

Indessen darf nicht übersehen werden, daß öffentliche Arbeiten allein selbst unter den bestmöglichen Umständen nur in geringem Maße zur Errichtung einer permanenten Niederlassung beitragen können. Die zeitweilige Beschäftigung zahlreicher Einwanderer beim Straßenbau dürfte eine Katastrophe höchstens hinausschieben und verschlimmern, falls nicht gleichzeitig mit der

Ausführung öffentlicher Arbeiten Vorkehrungen für die allmähliche Überführung der Arbeiter vom Straßenbau zur Landwirtschaft und Industrie getroffen werden. Beschäftigung bei öffentlichen Arbeiten mag für den Augenblick das Einwanderungsproblem beiseite setzen, aber sie löst es nicht. Es leuchtet ein, dass nur ein Teil der Arbeiter dauernd auf der Landstraße bleibt. Lebensweise und seelische Anspannung sind zu ungewöhnlich, um lange ertragen zu werden, wenn sich nicht wenigstens eine Aussicht auf Änderung bietet. Die meisten Arbeiter sind nicht nach Palästina gekommen, um beim Straßenbau zu arbeiten, und werden auch nicht dauernde Befriedigung dabei finden. Viele haben einen innigen Drang zur Landwirtschaft, der nicht ignoriert werden darf. Wenn es uns gelingt, nur einen Teil von ihnen zur Landwirtschaft zu bringen, so wird dadurch die Ausdauer derer, die zurückbleiben, ungeheuer gestärkt. Es ist unsere offenbare Pflicht, ohne Verzug landwirtschaftliche Niederlassungen und beständige produktive Unternehmungen vorzubereiten.

Vierter Teil.

Handel und Industrie.

Ein regsames und vielseitiges kommerzielles und gewerbliches Leben in Palästina lässt sich nicht in der zionistischen Organisation konzentrieren. Die pulsierenden wirtschaftlichen Kräfte des jüdischen Volkes können durch kein bürokratisches System, auch nicht dem wohlwollendsten, in harte Fesseln geschlagen werden. Reich sowohl wie arm muß selbst zum Entschlusse kommen, sich in Erez Israel niederzulassen; und sie müssen, die einen wie die anderen, ihren gesamten Aufwand an Erfahrung, Tatkraft und Kapital einsetzen. Alle müssen mit allem, was sie besitzen und werthalten, herbeikommen und ihre Kräfte hier genau so aufs äusserste anstrengen, wie sie es anderwärts tun, um Vermögen und wirtschaftlichen Wohlstand für das Gemeinwesen zu schaffen. individuelle und kooperative Betätigung müssen das freieste Spiel haben.

Wenngleich die Entwicklung des industriellen und kommerziellen Lebens in Palästina von solcher Betätigung abhängen wird, darf nicht angenommen werden, daß der Zionistischen Organisation keine Rolle in dieser Entwicklung zufällt. Es ist vielmehr die Aufgabe der Organisation, günstige wirtschaftliche Bedingungen und Gelegenheiten, welche individueller oder kooperativer Unternehmungsgeist sich zunutze machen kann, zu schaffen oder schaffen zu helfen. Dies wird um so notwendiger sein, als der Mangel an Eisen, Kohle und anderen Besitzquellen den Aufbau großzügiger Grundindustrien in Palästina verzögert.

Industrielle Entwicklung in Palästina ist unmöglich ohne Feuerung oder Kraft. Und an beiden fehlt es zurzeit in Palästina. Fraglos ist es die Pflicht der Zionistischen Organisation, in Gemeinschaft mit der Regierung, wie bereits oben erläutert wurde,

Schritte zu tun, um eine beschleunigte Entwicklung von Wasserkraft zu fördern. Die unglückliche Regulierung der Nordgrenze erschwert die Lösung dieses Problems mehr, als es nötig wäre, aber demungeachtet haben wir mit unserem Werke vorwärtszuschreiten.

Für den Erfolg von Handel und Industrie sind Kreditmöglichkeiten unentbehrlich. Ohne Kreditgewährung würde der kommerzielle und industrielle Aufbau des nationalen Heims unmöglich sein. Wir haben einen Anfang mit der Anglo-Palestine-Company gemacht. Mit Hilfe der unlängst vorgenommenen Kapitalserhöhung der Gesellschaft von £ 100.000 auf £ 300.000 sollte die Bank imstande sein, die Nachfrage nach gewöhnlichen kurzfristigen Geschäftskrediten zu befriedigen, sofern, was notwendig ist, Vorkehrungen getroffen werden, um ihre langfristigen sichergestellten Darlehen einer Hypothekenbank zu übertragen. Die Frage weiterer Vergrößerung der Anglo-Palestine-Company soll hier nicht erörtert werden.

Es sollte eine Hypothekenbank gegründet werden, um langfristige städtische Kredite auf der Grundlage zuverlässiger Sicherheit zu gewähren. Eine derartige Bank sollte unter geeigneter Leitung einen ziemlich sicheren Gewinn einbringen. Eine Hypothekenbank steht in so engem Verhältnis zur jüdischen Kolonisation in Palästina, daß sie einer gewissen Kontrolle unterstehen sollte, entweder durch einen von der Exekutive ernannten Governor oder durch die jüdische Kolonialbank, vorausgesetzt, daß ihr Status und die Zusammensetzung ihres Direktoriums den Vorschlägen des Advisory-Committee in Finance entsprechen, welches im Herbst 1919 unter dem Vorsitz des Rt. Hon. Sir (damals Mr.) Herbert Samuel tagte. Die Frage, ob eine solche städtische Kreditanstalt mit einer landwirtschaftlichen Bank vereinigt werden könnte, verlangt sorgfältige Prüfung, wie auch viele andere technische Probleme in bezug auf Ausgabe von Aktien und Obligationen.

Ferner sollte ein kleiner Darlehensfond geschaffen werden, um die Gründung einer kooperativen Bank, oder mehrerer Banken für Handwerker und kleine Fabrikanten, deren Bedürfnissen die Anglo-Palestina-Company nicht genügend entspricht, anzuregen und zu unterstützen.

Die Gründung einer kooperativen Großeinkaufsgesellschaft sollte dem Zwecke dienen, die Kosten der Rohmaterialien zu reduzieren, mithin die Industrie zu ermutigen.

Die Zentral-Landankaufsagentur sollte dazu angetan sein, den Ankauf geeigneten Bodens zu angemessenen Preisen zu ermöglichen.

Ferner verbleibt die wichtige Arbeit, unser Volk mit entsprechender Auskunft betreffs der Hilfsquellen des Landes und der Aussichten für Handel und Industrie zu versehen. Dies ist in der Hauptsache eine Aufgabe der Regierung von Palästina, mit welcher die Zionistische Organisation in enger Berührung zu bleiben hat.

Weiters bietet sich die Aufgabe wissenschaftlicher Erforschung und technischer Untersuchung der natürlichen Hilfsquellen und Bedingungen des Landes im Hinblick auf Ausarbeitung von Projekten von wirtschaftlichem Werte und von besonderer Bedeutung in der Entwicklung eines jüdischen Palästina. Diese Arbeit sollte von einer Société d'Étude unternommen werden, bei deren Direktorium ein von der Zionistischen Exekutive ernannter Governor erwünscht erscheint. Eine solche Körperschaft sollte sich lediglich mit Untersuchungen beschäftigen und nicht selber damit befassen, die praktische Ausnützung der vor ihr ausgearbeiteten Projekte zu organisieren.

Es ist wichtig, daß die Zionistische Organisation selbst nicht an Unternehmungen anderer als öffentlicher Art direkt teilnimmt. Ferner ist es wesentlich, daß ihre Beamten weder als Direktoren noch anderswie an der Geschäftsführung privater Unternehmungen in Palästina sich beteiligen.

Wir dürfen nicht das überaus wichtige Problem der jüdischen Arbeit in Handel und Industrie übersehen. Es ist wünschenswert, daß wo immer es möglich ist, Kontrakte mit Arbeitergruppen auf dieselbe Weise abgeschlossen werden, wie die Regierung es jetzt mit den beim Straßenbau beschäftigten Gruppen tut. Die verschiedenen, in Verbindung mit öffentlichen Arbeiten näher beschriebenen Kreditfonds sollten auch der Arbeit in anderen Industriezweigen zur Verfügung stehen.

Eine der ersten Bedingungen für zahlreiche jüdische Einwanderung bestände demnach in einer ausgedehnten Entwicklung von Handel und Industrie. Öffentliche Arbeiten können nur teilweise Beschäftigung auf beständiger Grundlage abgeben. Die landwirtschaftliche Ansiedlung, die uns im folgenden beschäftigen soll, wird auf jeden Fall Zeit und Geld erfordern.

Fünfter Teil.

Landwirtschaft.

Der Kernpunkt unseres Problems ist die Landwirtschaft. Es ist wahrscheinlich, daß die Mehrzahl der Juden, die nach Palästina zurückkehren, keine dauernde Niederlassung auf dem Lande finden und von anderen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens absorbiert werden. Es ist heutzutage keineswegs ungewöhnlich, in vielen agrikulturellen Ländern nicht mehr als ein Drittel der Bevölkerung beim Ackerbau anzutreffen. Doch nicht eher als bis eine wirklich bedeutende Anzahl unserer Leute sich auf dem Lande angesiedelt und ihre Wurzel tief in die Scholle gesenkt wird haben, wird Palästina jüdisch und ein kraftgetragenes nationales Heim errichtet sein.

Betrachten wir zuerst, inwiefern landwirtschaftliche Arbeit bisher dazu gedient hat, dauernde selbsterhaltende Ansiedlung zu fördern. Es war in Palästina nicht leicht, von dieser Seite her das Problem anzufassen. Die Zionistische Kommission war der Ansicht, daß jede Arbeit ein Stück Nationalvermögen darstellt. Kein Gebiet, das der Fuß eines jüdischen Arbeiters betreten hatte, durfte aufgegeben werden. Nachzuforschen, ob die betreffende Arbeit die Möglichkeit eines unabhängigen Auskommens für die Ansiedler gewährt, gehörte dieser Ansicht nach nicht sehr zur Sache.

Da die Ansiedlungen des jüdischen Nationalfonds den wichtigsten Zweig der landwirtschaftlichen Arbeit der Zionistischen Organisation bilden, so widmeten wir diesen unsere besondere Aufmerksamkeit.

Die Farmen des jüdischen Nationalfonds stellen die sogenannten strategischen Punkte unseres Kolonisationswerkes von vor dem Kriege dar. Wenn wir jedoch heute auf unser Werk

zurückschauen, wird es fraglich, ob die weitverstreute Anlage unserer Ansiedlungen tatsächlich irgendwelchen strategischen Wert besaß und ob die Politik aneinandergeschlossener und konzentrierter Ansiedlung nicht wertvoller gewesen wäre.

Unsere Untersuchungen über den tatsächlichen Stand dieser Siedlungen gestalten sich schwierig, weil die Bücher nicht mit entsprechender Genauigkeit geführt waren. Indessen mag die hier folgende Statistik, die wir auf Grund der uns von der Kommission zur Verfügung gestellten Zahlen herstellten, eine Vorstellung von den Kosten der Ansiedlung auf den Farmen des jüdischen Nationalfonds geben.

Name	Datum der Gründung	Areal in Dunam	Betrag der bisherigen Investitionen	Kostenanschlag der Zionistischen Kommission für weitere erforderliche Investitionen ab 1920 bis 1924	Betrag der Totalinvestition wie durch die Zionistische Kommission beabsichtigt	Prozentsatz der neuen zur gesamten Investition	Kostenanschlag der Ansiedlung pro Familie Ende 1924
Ben-Schemer	1907—09	2194	£ 40.000	£ 22.000	£ 62.000	35%	£ 2.100
Hulda	1908	1973	30.000	24.000	54.000	44%	2.160
Merchavia	1910	3524	40.000	44.250	84.250	52%	1.700
Gan-Schmuel	1909	235	10.000	14.500	24.500	58%	1.633
Daganiah	1905	3100	20.000	100.000	120.000	83%	833

Der Unterschied in den Kosten pro Familie ist verschiedenen Umständen zuzuschreiben: Unterschiede im Landpreise je nach der Ankaufszeit, der Bodenbeschaffenheit, der Wasserhältnisse, der Assanierung, Experimente usw. Wir glauben, daß die Zahlen für Daganiah zu hoch bemessen sind, das der Schätzung zufolge erforderliche neue Kapital steht außer allem Verhältnis zu dem für die übrigen Farmen angesetzten.

Wie wir berichtet sind, rechnet die Zionistische Kommission mit einem Defizit von etwa 20% auf das für Siedlungen während der ersten fünf Jahre ihres Bestehens zugewiesene Betriebskapital.

Nach den ersten fünf Jahren wird von den Kolonisten erwartet, daß sie 2% Pachtrente für den nackten Boden und 6% Zinsen auf das Anlagekapital zahlen.

Tatsächlich beträgt das Defizit der ersten fünf Jahre mehr als 20%. Es ist an dieser Stelle unmöglich, genau anzugeben, wie groß das Defizit ist, denn die jährlichen Ernteergebnisse sind nicht übersichtlich verbucht. Es wird eingewendet, daß in Farmen angelegtes Geld, das sich am Ende des Jahres in Barem oder Waren (durch Ernten) repräsentiert, nicht in das Defizit eingeschlossen sein sollte, hiebei aber wird der Umstand außer acht gelassen, daß das Geld von Jahr zu Jahr wieder angelegt werden muß und also niemals tatsächlich zurückbezahlt wird. Nur eine Zunahme der Ernte von einem Jahre zum anderen kann, genau genommen, als Einkommen betrachtet werden, nicht aber die ganze Ernte, wie es jetzt geschieht.

Angesichts der verschiedenen und sich etwas widersprechenden Angaben über die Zukunft der Farmen des jüdischen National-Fonds haben wir alle Zahlen mit Vorbehalt angenommen und unsere Untersuchung hat uns nicht davon überzeugt, daß die vorgeschlagenen Pläne auf einem sorgfältig ausgearbeiteten System permanenter Ansiedlung beruhen. Wir glaubten nicht, daß diese Pläne durch den Jüdischen National-Fonds ausgeführt werden sollten, der, unserer Meinung nach, seine Mittel für Landerwerb und Vorbereitung des Bodens im Einklang mit der von der Jahreskonferenz letzten Sommers bestätigten Politik reservieren sollte. Wir konnten nicht die Überzeugung gewinnen, daß permanente Ansiedlung durch die vorgeschlagenen Pläne derart gefördert würde, daß ein Aufwand großer Summen seitens der Zionistischen Organisation am Eigentum des jüdischen National-Fonds gerechtfertigt gewesen wäre.

Unsere Untersuchungen über die Geschäftsführung auf den Farmen des jüdischen National-Fonds waren besonders vom negativen Standpunkt aus lehrreich. Wir überzeugten uns, daß das gegenwärtige Kolonisationssystem, wie es auf den Farmen des jüdischen National-Fonds sich darstellt, falsch sei und nicht die Grundlage für unser künftiges Werk bilden kann. Das Prinzip der vollständigen Wirtschaftseinrichtung für den Ansiedler und die Praxis der Vorausbestimmung des Siedlungscharakters, wie sie in der Vergangenheit beim Jüdischen National-Fonds üblich waren, sind unserer Meinung nach verhängnisvoll für ein gesundes Kolonisationsprogramm.

Wohl lassen sich ein paar weitzerstreute Siedlungen in Palästina auf der Grundlage vollständiger Einrichtung anlegen und mit großem Kostenaufwand erhalten. Es ist jedoch ganz klar, daß keine ausgedehnte Kolonisation auf diesem Wege entwickelt werden kann. Während wir keineswegs erwarten, daß landwirtschaftliche Ansiedlungen von Anbeginn sich rentieren, so müssen sie doch allmählich wirtschaftlich produktiv werden. Die Beistellung einer komplett eingerichteten Farm für eine Familie würde auf der Basis der gegenwärtigen Anschläge nicht weniger als £ 2000 kosten. Wenn man berücksichtigt, daß die meisten Ansiedler heutzutage ohne eigene Mittel nach Palästina kommen, so leuchtet es ein, daß selbst bei der größten Freigiebigkeit unseres Volkes nicht die nötigen Mittel aufgebracht werden können, ausgedehnte Ansiedlungen dieser Art zu finanzieren. Unsere bisherigen Kalkulationen basierten alle auf der Annahme, daß die Ansiedler etwas Eigenkapital besäßen und mit ihrem Kapital und ihrer Arbeit Sicherheit für einen, wenn auch ausgiebigen Kredit bieten könnten. Der Krieg hat nicht allein unsere früheren Kalkulationen über den Haufen geworfen, sondern hat auch die Grundlage vernichtet, auf der sie aufgebaut waren. Die Zionistische Kommission aber hat es jedoch unterlassen, ihre Pläne den neuen Bedingungen anzupassen. Während die Kosten für die Ansiedlung einer Familie vor dem Kriege auf £ 1000 geschätzt wurden, schlägt die Kommission sie jetzt auf £ 2000 an, und während man vor dem Kriege annahm, daß die Ansiedler eigenes Kapital mitbringen würden, ersetzt die Kommission jetzt schlechtweg aus nationalen Fonds jenen Betrag, mit welchem man vor dem Kriege als mit dem Eigenkapital des Ansiedlers rechnete, ohne sich darüber klar zu werden, daß sie hiedurch die gesamte Kreditbasis der früheren Kolonisationspläne ändert und unsere nationalen Fonds in einer Weise belastet, als wären sie unerschöpflich.

Es ist offenbar, daß nach dem Kriege eine Kolonisation großen Stils auf der Grundlage solcher Kalkulationen nicht stattfinden kann. Und doch ist es sicherlich unsere Pflicht, eine große jüdische Bauernschaft auf dem Lande anzusiedeln. Andere Kolonisationsgesellschaften mögen es sich an der Ansiedlung von ein paar Familien genügen lassen und sich darein schicken, im Jahre nur zehn Familien anzusiedeln mit den Kosten, zu denen sie vor dem Kriege, als die Preise nur halb so hoch waren und ein Drittel des erforderlichen Kapitals vom Ansiedler selbst erbracht werden

sollte, zwanzig oder gar dreißig Familien ansiedelten, aber wir können es nicht. Und dabei ist es Tatsache, daß andere Kolonisationsgesellschaften ebenfalls zur Erkenntnis gelangen, daß die Kosten landwirtschaftlicher Ansiedlung auf der Grundlage vollständiger Einrichtung jetzt das Mögliche übersteigen. Sicherlich, es ist an der Zeit, die nationalen Folgen der Politik, welche wir bisher getrieben haben, zu erwägen. Die Schattenseiten des Prinzips der vollständigen Einrichtung unter Bedingungen, wie sie heute herrschen, werden noch verschlimmert durch diejenigen in Palästina, die uns bedeuten wollten, der Fehler läge nicht im Prinzip selbst, sondern in der Gewohnheit, die vollständige Einrichtung nur im Verlauf von mehreren Jahren und nicht gleich beim Anfang zu liefern.

Das System vollständiger Einrichtung ist nicht allein schlecht, weil es Fonds beansprucht, die unsere Mittel weit übersteigen. Es ist falsch, nicht allein weil es die Einrichtung nur weniger anstatt der vielen gestattet. Es ist geradezu verwerflich, weil es nicht dazu angetan ist, in den Ansiedlern das Bestreben aufkommen zu lassen, ihre Wirtschaft selber und auf eigene Verantwortlichkeit zu entwickeln. Das System untergräbt ihr Selbstvertrauen. Es liefert keine Gelegenheit für echte Entwicklung von Gruppen- oder individueller Verantwortlichkeit. Es versagt die Möglichkeit, die eigentliche Wirtschaftsfähigkeit des Siedlers zu erproben. Es führt zur Untergrabung der Selbstachtung.

Die schädliche psychologische Wirkung des Systems läßt sich an vielen Fällen beobachten. Die Ansiedler gewöhnten sich daran, von der Zionistischen Organisation nicht etwa nur Unentbehrliches und die Mittel zur Selbsthilfe, sondern auch Annehmlichkeiten und besondere Bequemlichkeiten zu verlangen. In Nachlath Jehuda z. B. ersuchten die Kolonisten in einem Atem um Bedingungen, die ihnen die Möglichkeit einer selbständigen Existenz gewährten, und um eigene Schule, wiewohl Rischon zwanzig Minuten zu Fuß entfernt liegt, sowie um ein Volkshaus für ihre fünfzehn Familien, denn es wäre unbequem, die Versammlung in ihren Privathäusern abzuhalten. In Daganiah, welches vielleicht unseren erfolgreichsten Versuch darstellt, hatte die Kwuzah auf eigene Initiative Unterhandlungen mit dem Jüdischen Nationalfonds angeknüpft betreffs Übernahme eines Teils des Bodens und der Gebäude zwecks dauernder Ansiedlung; doch als wir sie aufsuchten, zeigten sie sich abgeneigt, die Farm zu

übernehmen, falls sie nicht in Übereinstimmung mit den Plänen des agrikulturnen Departements der Zionistischen Kommission vollständig eingerichtet wird.

Das System der vollständigen Wirtschaftseinrichtung verfehlte überdies, eine landwirtschaftliche Kreditbasis zu entwickeln, ohne welcher eine dauernde selbsterhaltende Kolonisation unmöglich ist. Kredite können nur solchen Personen gewährt werden, die ihre Tüchtigkeit und Verantwortlichkeit bewiesen haben. Das System der vollständigen Einrichtung gibt den Ansiedlern keine Gelegenheit, die Fähigkeit der Vermögensverwaltung, die der Prüfstein des Kredits ist, zu bewähren. Die Sicherheit von Darlehen läßt sich nicht nach dem Wert des Besitzes allein beurteilen; die Zuverlässigkeit des Schuldners und seine Fähigkeit, mit seinen Mitteln Haus zu halten, sind von gleicher, wenn nicht sogar von größerer Bedeutung. Dauernde Niederlassung kann nur für diejenigen geplant werden, die ihre Fähigkeit und Zuverlässigkeit an den Tag legen und den guten Willen haben, mit einem Minimum von nationaler Unterstützung ein Maximum von Selbstbemühung auf sich zu nehmen. Es gilt, ein System zu entwickeln, welches geeignete Ansiedler in die Lage versetzt, bescheiden anzufangen und durch Sparsamkeit und Unternehmungsgeist den Beweis zu liefern, daß sie des Vertrauens würdig sind, anderer Leute Geld benützen zu dürfen.

Das heutige System der vollständigen Einrichtung hat zu keiner wahrhaft kooperativen Bewegung geführt. Kein Versuch wurde gemacht, den Gruppen Betriebskapital auf Kreditgrundlage vorzustrecken, wie es bei den öffentlichen Arbeiten der Fall ist. Die Gruppen arbeiten auf Lohn, der ursprünglich £E. 4 pro Monat betrug, jedoch bis £E. 7½ und £E. 8 erhöht worden ist. Den Arbeitern ist gestattet, Farmprodukte für eigenen Gebrauch zu verrechnen, die dabei angewendeten Preise aber stehen in keinem Verhältnis zu der Lohnsteigerung. Genau genommen ist das System keine Kooperation, sondern ein verstecktes Lohnsystem und verübt am Ende gerade an denjenigen Ansiedlern, denen wir zu helfen wünschen, arge Ungerechtigkeit.

Die uns so schädlich erscheinene Praxis den Charakter der Ansiedlungen im voraus festzulegen und die Entwicklungsform für den Ansiedler vorzubestimmen, ist in gewissem Maße einfach das Gegenstück des Systems der vollständigen Einrichtung. Bei fast allen Farmen des jüdischen Nationalfonds wurde

ihr Wirtschaftscharakter allzu frühzeitig festgesetzt. Fast vom Anfang an wurden den Arbeitern permanente Gebäude und andere kostspielige Anlagen präsentiert.

So verblieb den Arbeitern wenig Spielraum, die zukünftige Art ihres Werkes zu bestimmen. Im Gegenteil, man ließ durchschauen, daß den großen ersten Anlagen umfassende Verbesserungen und vollständige Betriebseinrichtung folgen würden. Es war nur natürlich, daß die Gruppen das von uns angelegte Kapital, wegen dessen Anlage sie nicht um ihre Meinung gefragt worden waren, nicht als Vorschüsse ansehen konnten, die, wenn auch erst nach einiger Zeit, aus ihrem Verdienst und Ersparnissen zurückbezahlt werden sollten. Das System führte dazu, sie zu Wandergruppen von Tagelöhnern zu reduzieren und ihre Entwicklung zu selbständigen selbstvertrauenden Ansiedlern zu verhindern.

Merchavia ist ein Beispiel dieser Politik, die die Bestimmung einer zukünftigen Ansiedlung im voraus festlegt und die Ansiedler aller wirklichen Wahlfreiheit beraubt. Hier waren schwere Steingebäude im Rechteck aufgeführt worden, so daß sie zweckmäßig nur von einer kooperativen Produzentengruppe benützt werden konnten. Hätten die Mitglieder der ersten Gruppe später gewünscht, das Farmgut aufzuteilen und auf individuellen Teilen Landes zu arbeiten und sich anzusiedeln, so hätte ein sehr bedeutender Teil der ursprünglichen Anlage nutzlos werden müssen. Merchavia war, wie erwähnt werden sollte, erklärtermaßen als kooperative Versuchsstation etabliert worden und dürfte aus diesem Grunde vielleicht nicht einer Kritik unterliegen, doch es sollte einleuchten, daß in Zukunft Experimente in der Vorausbestimmung des Charakters einer Ansiedlung individuellen Wohltätern überlassen bleiben muß und nicht die Grundlage nationaler Kolonisation bilden darf.

Der Charakter der Siedlung als individueller oder kooperativer kann ebensowenig von vornherein mit Sicherheit vorgeschrieben werden. Die Vorbereitung des Bodens durch die Arbeiter erfordert mehrere Jahre und diese Arbeit hat wenig oder nichts mit der Art der endgültigen Ansiedlung zu tun, welche ihr nachfolgt. Während der Vorbereitungszeit sollten die Arbeiter allmählich gesichtet und nur diejenigen für dauernde Ansiedlung zurückbehalten werden, die sich hierzu am besten eignen.

Die Art der endgültigen Ansiedlung zu bestimmen, sollte im großen ganzen denen überlassen bleiben, die aus diesem Wahlprozeß hervorgegangen sind.

Tatsächlich jedoch war die Art der Ansiedlung auf den Farmen des Jüdischen Nationalfonds bestimmt worden, ehe die Vorbereitungsperiode am Boden beendet war, und ehe die Gruppe, der die wirkliche Arbeit der permanenten Niederlassung überlassen werden sollte, vorhanden war. Man hatte natürlich angenommen, daß die ursprüngliche Gruppe verbleiben würde. In Wirklichkeit waren die Gruppen keine beständigen, sondern wechselten und wanderten vielfach. Während des letzten Jahrzehnts des Zionistischen Werkes in Palästina ist nur eine einzige der ursprünglichen Gruppen in ihrer Identität erhalten geblieben.

Die neuen Gruppen waren gern bereit, die Farmen zu günstigen Bedingungen zu übernehmen, aber die Arbeiter sind, ohne daß sie eine Schuld dabei träfe, nicht imstande, ihre Anhänglichkeit für die Farm oder ihre Kompetenz für die Verwaltung des wertvollen Besitztums, das ihnen anvertraut werden soll, zu garantieren. Man kann nicht erwarten, daß die neuen Gruppen, die alles vorbereitet vorfinden, denselben Eifer und Enthusiasmus bezeugen wie die ursprüngliche Gruppe, für welche die teuren permanenten Gebäude kooperativen Charakters hergestellt wurden.

Wenn die Zeit für die endgültige Ansiedlung herankommt, so sind die neuen Gruppen nicht imstande, die Farmen als etwas zu betrachten, das sie mit ihrer eigenen Hände Arbeit geschaffen haben und von dem sie untrennbar sind. Sie sind geneigt, über die Bedingungen zu feilschen, unter denen sie sich ja oder nicht niederlassen wollen. Selbst im Daganiah, wo die ursprüngliche Gruppe noch fast vollkommen erhalten ist, zeigte sich unter den Arbeitern eine Neigung, auf das Beibehalten des Systems vollständiger Einrichtung zu bestehen, und sie weigerten sich, von ihnen selbst gepflanzte Bäume zu übernehmen, aus dem Grunde, daß die Pflanzungen sich nicht bezahlt machten. Offenbar betrachten sie noch nicht die Farm als ganzes, als ihr eigenes kooperatives Unternehmen.

Das System der vollständigen Einrichtung und die Gewohnheit, die Art der endgültigen Ansiedlung, ehe die letztere stattfindet, voraus zu bestimmen, müßte doch, scheint es, einen höheren Grad administrativer Kontrolle erfordern, als ein System, welches sich auf die erprobte Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit der Gruppen

verläßt. Wir fanden indessen die administrative Kontrolle und Beaufsichtigung der Farmen mangelhaft und ungenügend. Das Administrationssystem im allgemeinen fällt durch viele Unzulänglichkeiten auf. Besonders überraschte uns, daß die Yemeniten, denen es oblag, Neubauten für die Ansiedler in Nachlath Yehuda zu errichten, von denen jeder £ 350 kostete, ihrerseits in Hütten, die jeder Beschreibung spotten, unweit Rischon untergebracht waren. Und das wurde auch noch dann geduldet, als unsere jährlichen Gesamtausgaben bereits £ 300.000 überschritten. Es fehlte an Wasser, obwohl es außer Frage ist, daß der jüdische Nationalfonds dem abgeholfen hätte, wenn das Hauptbureau davon verständigt worden wäre. In Karkur verdarb eine Ernte im Werte von £ 600 infolge Mangels an geeignetem Lagerraum. Das Agrikulturdepartement der Kommission stattet den Farmen nur zwei- oder dreimal jährlich einen Besuch ab. Infolge des Fehlens einer entsprechenden Aufsicht haben die Farmen eine eigene bürokratische Administration eingeführt. Ihre Bücher enthielten lange Listen von Schuldnern, denen unter einer verantwortlichen Geschäftsführung oder bei gehöriger administrativer Aufsicht niemals Darlehen hätten geleistet werden sollen. Die Gruppen sind auch beim Hamaschbir und anderen privaten Interessenten Schulden eingegangen, die, wenn überhaupt, nur mit größter Schwierigkeit bezahlt werden können. Um arabische Saisonarbeit zu vermeiden, hatten die Gruppen mehr Mitglieder, als unter normalen Verhältnissen nötig ist, ein Umstand, der die Möglichkeit wirtschaftlicher Selbständigkeit ausschloß. Als wir indessen Ben Schemen besuchten, sahen wir einige Araberweiber Arbeit verrichten, in die, wie man uns mitteilte, sich Juden nicht gerne schicken, obgleich wir der Meinung waren, daß man die Kinder hätte lehren können, diese Arbeit mit Leichtigkeit zu verrichten. Die Gruppen legten allgemein die Tendenz an den Tag, sich von jeder administrativen Kontrolle frei zu machen, noch ehe sie ihre Fähigkeit, das ihnen anvertraute Gut zu verwalten, bewährt hatten. In Merchaviah z. B., wo man noch nicht einmal zum Stadium endgültiger Ansiedlung gelangt ist, handhabten die neuen Gruppen oder vielmehr die Tagelöhner, denn nur eine der Gruppen war länger als ein paar Wochen da, nationales Eigentum im Werte von ungefähr £ 40.000 ohne jede Aufsicht und ohne eine eigene verantwortliche Organisation. Nach unserem Urteil ist solch ein System keine Produzenten-Kooperative, außer dem Namen nach. Es führte dazu, daß die Arbeiter gewisse

mit dem System der Produzenten-Kooperative verbundene Privilegien beanspruchen, ehe sie Übung gewonnen hatten, die Verantwortlichkeiten zu übernehmen, die jedem wahren kooperativen System zugrunde liegen. In Zukunft haben die Arbeiter entweder einen beigeestellten Administrator anzunehmen oder sie müssen durch ihre Arbeiterorganisationen hinreichende Garantie für die gehörige Verwaltung nationalen Eigentums geben. In der Vergangenheit lag der Fehler größtenteils in dem System, welches durch die verfrühte Bestimmung der Art der Ansiedlung und die komplette Einrichtung der Farmen, die Arbeiter allzusehr ihrer Unabhängigkeit und Initiative beraubte und sie zu Tagelöhnern herabdrückte. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß in den Anfangsstadien die Gruppen nicht wundervollen Pionierdienst getan hatten. Viele haben ihre Gesundheit, ja ihr Leben, dem Werke geopfert. Das Tragische ist, daß diejenigen, die gesät haben, nicht immer ernten.

Im Technischen sowohl wie im Administrativen waren die Farmen des Jüdischen Nationalfonds dürftig organisiert. Den Gruppen fehlten die erforderlichen Kenntnisse der palästinensischen Landwirtschaft. Der Ansicht von Sachverständigen zufolge wurde keine gehörige Fruchtfolge eingehalten; ein teures und unökonomisches System des Tiefpflügens wurde angewendet, ehe der Versuch gemacht worden wäre, dessen Wert zu ermitteln. Ungeachtet der großen Kapitalsanlagen und der Anwendung von angemessenermaßen modernen Methoden wurde der Stand der Produktivität nur sehr langsam gehoben und erst im Laufe von Jahren hat er das arabische Niveau erreicht, bzw. übertroffen. Wir begannen damit, Kapital anstatt Arbeit einzusetzen.

Nicht ohne tiefes Bedauern sahen wir uns verpflichtet, zum Schluß zu kommen, daß die Farmen des Jüdischen Nationalfonds, von denen jeder Zionist gelernt hat, mit Stolz zu sprechen, vom Standpunkt zukünftiger nationaler Kolonisation aus geringen Wert haben. Als die ersten Versuchsstätten in Palästina, auf denen jüdische Arbeiter angelernt wurden, mit eigener Hand den Acker zu pflügen, ist ihre historische Bedeutung gesichert, aber als Grundlage für unser zukünftiges Programm einer permanenten Kolonisation in großem Maßstabe können sie nicht gelten. Von diesem Standpunkte aus haben sie hauptsächlich Wert durch das Licht, welches sie auf die Fallgruben werfen, die in der Zukunft zu vermeiden sind.

Wir gelangen nunmehr zu dem Kolonisations- oder Agrikulturwerk der Zionistischen Kommission, welches durch ihr Agrikulturelles Departement unter Beistand des technischen Departements ins Leben gerufen wurde. Die Kommission scheint keine sorgfältigen Studien über den Betrieb der Farmen des Zionistischen Nationalfonds gemacht zu haben. Sie hat von vorneherein angenommen, daß alles, was in der Vergangenheit geleistet worden ist, vortrefflich sei und in größerem Maßstabe fortgesetzt werden müsse.

Während und nach dem Kriege wurden mehrere Kwuzoth inaugurirt. Wie jede Arbeit der Zionistischen Kommission war auch diese improvisirt und trug den Anschein des Notbehelfs. Sie vollzog sich teils auf dem Boden der I. C. A., teils auf Land im Besitz von jüdischen Privatleuten sowie auf Land von Nichtjuden und schließlich zu sehr geringem Teil auf Boden des jüdischen Nationalfonds. Die Gruppen arbeiten auf kleinen und weit verstreuten Strichen Landes. Ihre Arbeit hat, soweit wir zu ermitteln vermochten, wenig wirtschaftlichen Wert. Die Gruppen kommen nicht einmal annähernd an einen selbsterhaltenden Charakter heran. Vom Standpunkt einer dauernden Ansiedlung aus scheinen sie keine Zukunft zu haben.

Die Zionistische Kommission hatte bereits beschlossen, die Gemüsebaugruppen aufzugeben, da für ihre Produkte sich kein Absatz fand. Die Bevölkerung konnte, wie man sagte, nicht dazu gebracht werden, mehr Gemüse zu essen, aber es ist höchst zweifelhaft, ob die Mitglieder der Gruppe hiefür ein gutes Beispiel gaben.

Wären die Gemüsebaugruppen mehr in der Nachbarschaft von Städten angelegt worden, so hätten sich wahrscheinlich viel bessere Ergebnisse erzielen lassen. Jedenfalls glauben wir, daß der Gemüsebau in Palästina eine Zukunft hat.

Wir bemerkten, daß die Zionistische Kommission beträchtliche landwirtschaftliche Arbeit auf dem Boden des jüdischen Nationalfonds, der Palestina Land Development Company und von Privatpersonen vornahm, ohne vorher Maßnahmen für einen Rückgang ihrer bedeutenden Auslagen zu treffen. Wir versuchten jetzt, etwas von diesen Ausgaben zu retten. Wir haben dem jüdischen Nationalfonds vorgeschlagen, diejenigen Kosten der auf sein Land verwandten Auslagen zu übernehmen, die ordnungsgemäß auf Rechnung der Bodenvorbereitung gesetzt werden dürfen, während

die Zionistische Kommission auch fernerhin für die für andere Zwecke verausgabten Summen gutstehen wird. Da der jüdische Nationalfonds sich auf Erwerb von Boden und seine erste Vorbereitung zu beschränken hat, so fühlten wir uns nicht befugt, weiter zu gehen. Die in Daganiah B und C geleistete Arbeit in dessen hatte den Charakter der ersten Okkupation, und so schlugen wir vor, daß diese vom jüdischen Nationalfonds übernommen werden sollte.

Ein großangelegtes Werk fanden wir in Dilb. Dieses Werk, das im Mai 1920 begonnen wurde, repräsentierte bereits eine Kapitalsanlage von £ 2000, von denen ein Drittel etwa für Ankauf von Land verwendet worden war. Aber die endgültige Ansiedlung von fünfzig Familien, wie die Zionistische Kommission sie geplant hatte, würde mindestens weitere £ 50.000 erfordern. Wir beschlossen, dieses Unternehmen einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Wir konnten zwar nicht den Vorteil eines Versuches der Kultivierung von gebirgigem Boden in der Nähe einer Stadt (Jerusalem) bestreiten, doch wir würden gern gesehen haben, daß das Experiment auf einer bescheideneren und weniger kostspieligen Grundlage und nicht nach dem diskreditierten Plan der vollen Einrichtung durchgeführt worden wäre. Wir beschlossen daher, das Unternehmen in Dilb einzuschränken. Wir kamen überein, das Unternehmen nur soweit zu finanzieren, als erforderlich, um zwanzig Familien die Gelegenheit zu geben, sich anzusiedeln. Wir verpflichteten die Zionistische Organisation nicht zur Herstellung einer völlig eingerichteten Ansiedlung. Diese zu schaffen muß Aufgabe des Unternehmungsgeistes und der Sparsamkeit der Gruppe selber sein, mit Hilfe solcher Kredite, wie sie vernünftigerweise auf Grund einer produktiven Kapitalsanlage gewährt werden können. Wir schlugen vor, binnen der nächsten drei Jahre ungefähr £ 9000 beizusteuern, von denen £ 2000 für erste Verbesserungen (Bau von Terrassen) kämen, die ordnungsgemäß dem Jüdischen Nationalfonds belastet werden können, aber wir ließen keinen Zweifel darüber, daß keine weiteren Beiträge von der Zionistischen Organisation zu erwarten seien.

Die hauptsächliche Notstandsarbeit zum Zweck der Beschäftigung von Arbeitslosen, der das Agrikultur-Departement der Zionistischen Kommission oblag, bestand in Aufforstung. Aufziehen von Setzlingen und Pflege der Aufpflanzungen lieferten Beschäftigung für viele Arbeiter. Den enormen Kosten dieser Ar-

beiten indessen und ihrem tatsächlichen Wert als Teil unseres Kolonisationsprogramms schenkte die Zionistische Kommission keine weitere Überlegung. In diesen wie in anderen Fällen vertrat die Zionistische Kommission die Ansicht, daß jedes Unternehmen gut sei, ohne Rücksicht auf seine Produktivität und seinen wirtschaftlichen Wert. Die Kommission war ein ganzes Bündel von Verpflichtungen für das laufende Jahr eingegangen und überreichte uns diese Abschlüsse als Dinge, an denen nichts mehr zu ändern ist.

Eine Politik der allgemeinen Aufforstung, wie die Zionistische Kommission sie beabsichtigt hatte, ist höchst kostspielig und zum großen Teil unproduktiv und steht in geringem oder gar keinem Verhältnis zur Ansiedlung der Leute auf dem Lande.

Schon die Kosten der Anpflanzung von Setzlingen allein betragen £ 7 pro Dunam, in einzelnen Fällen sogar £ E. 10. Die Kosten für die Pflege der jungen Setzlinge sind ebenfalls beträchtlich. Es war interessant zu betrachten, daß in Nachlath Jehuda die Gruppe sich vollkommen klar darüber war, daß ihr Aufforstungswerk weder eine wirtschaftliche Grundlage, noch eine Zukunft habe. Das Programm für nationale Aufforstung, welches das agrikulturelle Departement der Kommission sowie dem jüdischen Nationalfonds für das laufende Jahr vorgeschlagen hatte, erforderte eine Ausgabe von £ 50.000 seitens der Organisation und £ 18.000 seitens des jüdischen Nationalfonds. Eine derartige Aufforstungspolitik würde für die folgenden Jahre eine Reihe großer und immer anwachsender Verpflichtungen in sich schließen.

Wäre nicht die Kommission bereits Verpflichtungen für den Ankauf und Anpflanzung von 1,500.000 Setzlingen eingegangen, so würden wir das Aufforstungswerk auf unserem Boden nur aus Gründen der Sanierung fortgesetzt haben. Unter obwaltenden Umständen schränkten wir das Unternehmen der Kommission gründlich ein. Wir legten fest, daß Aufforstung nicht als Teil einer allgemeinen Aufforstungspolitik oder zwecks Beschäftigung von Arbeitslosen unternommen werden sollte, sondern lediglich weil sie gewissen spezifischen Bedürfnissen unserer Ansiedlungen dient. Andererseits übersahen wir nicht die großen Vorteile der Aufforstung und keine Arbeit wurde abgebrochen, welche dazu angetan war, die sanitären und wirtschaftlichen Bedingungen in unseren Kolonien zu verbessern.

Die Aufforstung aber im Sinne einer allgemeinen palästinensischen Angelegenheit kann nicht von der Zionistischen Kommission unternommen werden. Nur die Regierung von Palästina kann Waldreservationen im Interesse zukünftiger Baumbestände sowie zu Zwecken der Wasserkonservation in großem Maßstabe durchführen. Zur Verhütung der Vernichtung von Bäumen durch Feuer, durch Brennmaterialhändler oder Ziegen sind Maßnahmen seitens der staatlichen Autorität erforderlich. Aufforstung der Berge, um Errisionen aufzuhalten zu Zwecken der Schollenbildung und Konservierung des Wasserzuflusses, sind Funktionen der Regierung. Auch Maßnahmen zur Verhinderung der Versandung durch Baumanpflanzungen auf den Dünen scheinen Sache der Regierung zu sein. Die Aufforstung von Dünen ist eine schwierige Aufgabe und kann nicht eher unternommen werden, als bis bedeutende Fonds vorgesehen sind.

Wir beabsichtigen keineswegs, die hohe Wichtigkeit der Aufforstung herabzusetzen, aber dies ist ein Unternehmen, das nur vom Staat ausgeführt zu werden vermag, der die Macht besitzt, Steuer zu erheben. Die Regierung von Palästina hat bereits die Aufforstung als eine ihrer wichtigsten Angelegenheiten anerkannt. Sie hat ein Forstbureau etabliert und einen erfahrenen Forstfachmann berufen, die Administration zu überwachen. Sie hat in verschiedenen Teilen des Landes Strecken für Aufforstung reserviert und mit jenen vielseitigen Experimenten begonnen, welche für die erfolgreiche Durchführung dieser umfassenden Angelegenheit so wichtig sind. Ein Gesetz zum Schutze der bestehenden Forste ist erlassen und im Zusammenhang damit sind drei Forstinspektoren ernannt worden.

Die Zionistische Kommission mag je nach ihren Mitteln der Regierung assistieren und durch Erteilung von Auskünften und Belehrung insbesondere der jüdischen Interessenten über die geeignetste Art und Weise Bäume auf sumpfigem Terrain anzupflanzen betreffs Windbrecher, Konzentration von Brennmaterial und anderer ähnlicher Zwecke, aber es leuchtet ein, daß sie nicht das Werk der allgemeinen Aufforstung fortsetzen kann.

In betreff des bisherigen Werkes der Zionistischen Kommission sowohl wie des jüdischen Nationalfonds waren wir genötigt zu dem Ergebnis zu kommen, daß es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt, zumeist negative Resultate erzielte. Eine konstruktive Politik permanenter Ansiedlung großen Stiles wird sich

darauf nicht aufbauen lassen. Ein gut Teil von dem bisherigen Werk der Kommission oder des Nationalfonds muß entweder auf neuer Basis aufgegeben oder ganz liquidiert werden. Die Kolonisationsbetätigungen des Agrikulturdepartements der Kommission müssen aufgebaut werden. Die Ansiedlungsvorbereitungen sollten vom jüdischen Nationalfonds ausgeführt werden; endgültige Ansiedlung sollte ihnen folgen, aber nicht nach dem System der vollständigen Einrichtung. Die Aufgabe des Agrikulturdepartements sollte zukünftig bestehen in technischer Beratung und Assistenz sowie im Erteilen allgemeiner Auskunft an derzeitige und in Aussicht stehende Ansiedler. Auch sollte es einen landwirtschaftlichen Experimentaldienst aufrechterhalten. Der jüdische Nationalfonds muß die ihm gehörenden Farmen überwachen und diese müssen im Laufe des nächsten Jahres endgültiger Besiedlung zugeführt werden. Unser Ziel bei allen landwirtschaftlichen Betätigungen muß Ansiedlung und produktive Arbeit sein, nicht aber Vergeudung und Quasi-Staatsfunktionen. Wir sollten uns die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, zur Lehre dienen lassen und in Zukunft unsere Ansiedlungspolitik auf solider Grundlage ausgestalten.

Größere Aufmerksamkeit muß zukünftig der geeigneten Auswahl von Ansiedlungsstätten mit Rücksicht auf Gesundheit und gute ökonomische Bedingungen gewidmet werden. Was immer vor dem Kriege die Gründe für das Auseinanderdehnen der Ansiedlungen zu sogenannten strategischen Punkten gewesen sein mögen, heute gibt es sicherlich keinen Vorwand, die Ansprüche auf Volksgesundheit und Produktivität unberücksichtigt zu lassen. Die alleräußerste Vorsicht muß herrschen, um fernere Opfer an Leben, Gesundheit und Leistungsfähigkeit infolge schlecht placierter Ansiedlungen zu verhüten.

Statt weitverstreuter Siedlungen an kleinen strategischen Punkten müssen wir den Versuch machen, unsere Anstrengungen auf eine große ungeteilte Strecke Landes zu konzentrieren. In diesem Falle könnte die Vorbereitung des Bodens von Einwanderergruppen vorgenommen werden, die in ähnlicher Weise wie die jetzt beim Straßenbau angestellten Gruppen zu organisieren wären. Extensive Anbaumethoden, die einen verhältnismäßig bescheidenen Kapitalsaufwand pro Mann erfordern, sollten zum Anfange angewendet werden. Unsere ersten Auslagen sollten sich auf Beistellung der erforderlichen Zelte und Baracken, Maschinen und Saaten beschränken. Auf diese Weise sollte fähigen, arbeits-

frohen Pionieren Gelegenheit gegeben werden, bescheidene Ersparnisse anzusammeln, die sie befähigen würden, sich aus eigenen Mitteln einzurichten, sobald die Zeit für endgültige Ansiedlungen und intensive Kultur gekommen ist. Alles muß notwendigerweise zum Anfang primitiv sein. Die Ansiedler sollten nur ein schlichtes Obdach und die bescheidenste Ausrüstung erhalten. Sie müssen die Kultur ihres Pachtgutes Schritt für Schritt steigern. Sie sollten mit der Kuh beginnen und nicht mit dem Kuhstall. Für geraume Zeit werden sie vermutlich nicht mehr als Tagelöhner verdienen, aber sie erwerben ihren Unterhalt kraft ihrer eigenen Anstrengungen und gelangen allmählich zur Selbständigkeit und eigenen Wirtschaft.

Die Art einer Farm in voraus zu bestimmen, sollte nicht versucht werden. Die Pioniere, die sich zur endgültigen Ansiedlung heraufgearbeitet haben, sollten selber die Wahl zwischen kooperativen und individuellen Formen treffen. Die Pioniere, die mit solchem Eifer und solcher Hingabe zum Straßenbau eilten, der den meisten doch so wenig Aussicht auf permanente Ansiedlung gab, dürften sich dieser landwirtschaftlichen Arbeit mit Begeisterung hingeben. In dem Bewußtsein, daß sie sich dauernd auf dem Lande ansiedeln und ihre eigenen Farmen erwerben werden, sollten sie selbst mit der bescheidensten Existenz zufrieden sein. Sie sollten glücklich sein, durch größte Anstrengungen und Einschränkungen an den Tag legen zu können, daß sie des nationalen Kredits würdig sind.

Eine Politik konzentrierter Ansiedlung, die auf extensiver Grundlage ihren Anfang nimmt, kann nur da durchgeführt werden, wo sich weite Strecken ununterbrochenen, unbewohnten Landes vorfinden. Der Negeb im Süden ist die einzige zurzeit verfügbare Strecke Landes dieser Art in Westpalästina, und ist möglicherweise am besten für unseren ersten Versuch geeignet. Es ist zu bedauern, daß bisher noch keine Versuche in diesem Gebiete gemacht worden sind. Transjordanien ist überdies das meist versprechende Feld für Ansiedlung in großem Maßstabe. Wir halten es für die Pflicht der britischen Regierung, in Gemeinschaft mit uns die schleunige Erschließung von Ostpalästina für eine solche jüdische Kolonisation und Ansiedlung durchzuführen.

Wir möchten nicht so verstanden werden, als ob wir die Kultivierung ausgedehnter Strecken mit Ausschluß aller anderen Ansiedlungsarten verträten. Diese extensive Entwicklung darf nur

einen Teil unseres Werkes ausmachen. Unser Kolonisationsprogramm kann nicht in eine Form gezwängt werden, es muß pragmatisch sein, es muß sich den neuen und wechselnden Bedürfnissen Palästinas anpassen. Es müssen Anstrengungen gemacht werden, der jüdischen Kolonisation im allgemeinen einen wirtschaftlich selbständigen Charakter zu verleihen. Lebensmittel für die verstärkte jüdische Stadtbevölkerung sollten von den Ansiedlern auf dem Lande produziert werden. Intensive Kultur und Gemüsezuucht sollten daher keineswegs vernachlässigt werden.

All diese Probleme bedingen Experimente. In der Vergangenheit galten unsere Versuche vor allen Dingen der sozialen Form der Ansiedlung: Kleinwirtschaften, Arbeiter- und Kooperativsiedlungen; technischer Untersuchung wurde wenig Aufmerksamkeit zugewendet. Die Etablierung von Versuchsstationen gehört zu den Funktionen der Regierung. Wir haben indes das Werk der Regierung zu ergänzen, um unserem besonderen Bedürfnisse einer jüdischen Ansiedlung gerecht zu werden. Wir haben die Verwendung von £ 3600 für Versuchsarbeiten im laufenden Jahre gutgeheißen und außerdem ersucht, Versuche im Trockenanbau (dry farming), wenn angehend, noch in diesem Jahre im Negeb anzustellen. Wir sind der Ansicht, daß solch technische und experimentelle Arbeit unter entsprechender Organisation und Leitung zur Grundlage eines gedeihlichen Zusammenwirkens zwischen uns, der Regierung und anderen Institutionen in Palästina, wie die I. C. A., gemacht werden kann.

Aber unsere Aufgabe hinsichtlich Kolonisation und Ansiedlung erschöpft sich nicht mit Raterteilungen und Hilfeleistungen in technischen Angelegenheiten. Während wir gegen ein System vollständiger Einrichtung sind, befürworten wir die Gewährung jedes Beistandes, der billigerweise verlangt werden kann, an Ansiedler, die sich als fähig und zuverlässig erwiesen haben, um sie instand zu setzen, ihre Wirtschaft auf ihre eigene Verantwortung einzurichten. Für jedes solide Kolonisationsprojekt ist ein umfassendes System landwirtschaftlicher Kredite unentbehrlich. Dem sparsamen Pionier, der in der Verwaltung seiner Angelegenheiten Sinn für Verantwortlichkeit bekundet, muß geholfen werden, so daß er sich selber helfen kann.

Die Etablierung einer Landbank zwecks Gewährung langfristiger Kredite ist bei landwirtschaftlicher Kolonisation unent-

behrlich. Unsere nationale Kolonisation hängt derart mit einem solchen Institute zusammen, daß wir es für geboten halten, dieses Institut unter Aufsicht der zionistischen Exekutive zu stellen, ausgenommenen falls beschlossen werden sollte, die Land-Bank-Aktien durch die Jüdische Kolonial-Bank zeichnen zu lassen. In diesem Falle wäre der Status genau zu bestimmen und das Direktorium im Einklang mit den Vorschlägen des Advisory Committee on Finance, wie oben erläutert wurde (siehe S. 35), neu einzusetzen. Die Organisation der Landbank schließt eine Reihe schwieriger Probleme in sich, welche wir an dieser Stelle zu erörtern nicht versuchen wollen. Die Bank sollte die langfristigen sichergestellten Guthaben der Anglo-Palästine-Company zu angemessener Bewertung übernehmen. Für die erforderlichen kurzfristigen Kredite an Kolonisten sollte durch kleine kooperative Banken gesorgt werden, zu deren Errichtung mit unserem Beistand die Kolonisten angespornt werden sollten. Kurzfristige Kredite sind von großer Bedeutung. Weil es an ihnen fehlt, werden jetzt häufig Ernten vorzeitig bei flauer Nachfrage abgesetzt und bringen 20 bis 25 % weniger, als wenn sie ohne Übereilung verkauft worden wären. Mögliche weise dürfte die Anglo-Palästine-Company zum Teil auch dieses Geschäft entweder direkt oder durch die kooperativen Banken in die Hand nehmen.

Indessen werden Fälle vorkommen, bei denen die kooperativen Banken nicht den Eindruck gewinnen, daß genügend Sicherheit für einen Vorschuß vorhanden ist, und wo doch, vom Standpunkt nationaler Kolonisation aus, der Ansiedler sich als hinreichend zuverlässig und vertrauenswert erwiesen hat, um ein Darlehen zu rechtfertigen. Angesichts der eigentümlichen Schwierigkeiten bei landwirtschaftlicher Ansiedlung in Palästina meinen wir, daß für solche Fälle ein landwirtschaftlicher Ausrüstungsfonds unter der Aufsicht eines von der Exekutive ernannten Governors gebildet werden sollte. Da die Sicherheit nicht derart ist, um Kapitalisten einen Gewinn in Aussicht stellen zu können, so sollten die für diesen Fonds erforderlichen Mittel à fond perdu aufgebracht werden. Doch wollen wir betonen, daß es geboten ist, alle solche Vorschüsse aus diesem Fonds als rückzahlbare Darlehen zu behandeln. Dieser landwirtschaftliche Ausrüstungsfond soll das Werk der kooperativen Banken auf etwa die gleiche Weise ergänzen, wie der Arbeiter-Ausrüstungsfonds das Werk der Arbeiterbank ergänzt.

Sechster Teil.

Erziehung.

Die Wiederkehr des Hebräischen als lebendige Umgangssprache in Palästina, sein Wachstum und seine Entfaltung im aufstrebenden Leben des Jischub hängt zum größten Teile von den hebräischen Schulen ab. Der Erfolg im Kampfe für Anerkennung des Hebräischen, welcher für das Zionistische Ideal einen so großen Schritt nach vorwärts bedeutet, ist hauptsächlich den Männern zu danken, die seit Jahrzehnten mit Eifer und Selbstaufopferung im Dienste der Schulen gearbeitet haben.

Einerlei, unter welchen Absichten immer sie gegründet und welche Ziele ihr vorgeschwebt haben mögen, wurde die jüdische Schule durch die Anstrengungen des hebräischen Lehrers und des von Nationalbewußtsein getragenen Jischub, ein Organ der wiedererwachenden nationalen Sprache. Diese eifrigen Arbeiter waren es, die, als es dazu kam, den entscheidenden Sprachenkampf auszutragen, den Weg wiesen, in dem sie mit Hilfe der Zionistischen Organisation Schulen unter einer lokalen Erziehungsverwaltung (Vaad Hachinuch) für das palästinensische Judentum gründeten. So wurde die hebräische Sprache binnen kurzer Zeit zur Sprache der jüdischen Schule Palästinas. Es gelang der Zionistischen Organisation, den größeren Teil im ersten Jahre der für diese Schulen erfordernten Mittel vermittelt eines regen, infolge des Sprachenkampfes populären Appells, aufzubringen. Sie vermochte als Ergebnis ihrer Sammlungen für diesen Zweck 97,000 Francs zu überweisen, von denen 7000 Francs von den Choveve Zion beigesteuert waren. Der Jischub hatte beim Vaad Hachimih sein eigenes Finanzkomitee, welches innerhalb und außerhalb Palästinas 43.000 Francs einsammelte.

Der Jischub nahm entsprechend lebhaften Anteil am Festsetzen des Budgets für das erste Jahr und es ist außer Frage, daß der Jischub sowohl wie die Zionistische Organisation unter normalen Verhältnissen sich vor dem schwierigen Problem gesehen hätten, die Schulen auf eine sichere und permanente Grundlage zu stellen, damit sie nicht gänzlich von den unberechenbaren Schwankungen freiwilliger Gaben abhängig wären.

Das erste Schuljahr war kaum verflossen, als der große Krieg ausbrach. Nun schien es unmöglich, an eine permanente Organisation der hebräischen Erziehung in Palästina zu denken. Der politische Erfolg der zionistischen Idee brachte jedoch mit sich ein rasches Anwachsen der zionistischen Mittel, und da diese nicht für anderweitige konstruktive Zwecke benützt wurden oder benützt werden konnten, wurden die Schulen am reichlichsten bedacht. Dieser unerwartete Zustrom an Mitteln, noch ehe ein Plan für eine permanente Administration des Schulsystems ausgearbeitet worden war, hatte zur Folge, daß die Leiter des Schulwerkes sich zu einer nicht gehörig durchdachten rapiden Expansivität verleiten ließen, die ihren Ausdruck nicht nur in der Einrichtung neuer Schulen fand, sondern auch in der Übernahme von mehr oder weniger der gesamten finanziellen Verantwortung für Schulen, die bisher von anderen Gesellschaften erhalten worden waren mit der einzigen Bedingung der Anwendung des Hebräischen als Unterrichtssprache.

Das Schulbudget vergrößerte sich demzufolge ohne Maß und Ziel, noch ehe die Einwanderung auch nur begonnen hatte. In 1917/18 betrug das gesamte Budget £ 20.186, in 1918/19 £ 75.923, in 1919/20 £ 107.335. Das Schulgeld, welches die Palästinenser zu diesem Budget beisteuerten, betrug £ 7041 in 1918/19 und £ 9254 in 1919/20. Das gesamte für 1920/21 ins Auge gefaßte Budget beläuft sich auf £ 120.000, von welchen, wie angenommen wurde, die Zionistische Organisation £ 100.000 zugesagt haben soll. Erziehung ist somit der größte Einzelausgabeposten der Zionistischen Organisation in Palästina geworden. Mehr als ein Drittel des gesamten Zionistischen Budgets wird auf Schulen verwendet, mit anderen Worten, anderthalbmal soviel als auf landwirtschaftliche Ansiedlung.

Die Regierung von Palästina hat bisher zur jüdischen Erziehung nichts beigesteuert. Als die Frage zuerst erörtert wurde, zeigte sich eine gewisse Neigung, hebräische Schulen von Regierungsunterstützung auszuschließen mit der Begründung, daß diese Privatschulen wären. Die Verwaltung hat indessen erst ganz kürzlich entschieden, daß den

hebräischen Schulen eine jährliche Subvention von £ 2000 zu gewähren sei. Wiewohl diese Unterstützung schwerlich die Summe repräsentiert, welche die jüdische Gemeinde mit Hinblick schon auf ihre Zahl von dem allgemeinen Erziehungsbudget der Regierung beanspruchen darf, und überdies zu unbedeutend ist, um sonderlich praktischen Wert zu haben, so ist doch die Anerkennung des öffentlichen Charakters der hebräischen Schulen von beträchtlich prinzipieller Bedeutung.

Die Verwaltung des Schulwerkes unterliegt zurzeit einem von der Zionistischen Kommission ernannten Direktor des Schulwesens. Das Schulbudget wird von dem Vaad Hachinuch ausgearbeitet, einer Körperschaft von neun Personen, bestehend aus drei Vertretern des Palästinensischen Judentums, drei Vertretern der Zionistischen Kommission und drei der Lehrerorganisation. Die endgültige Kontrolle des Budgets indes liegt zurzeit bei der Zionistischen Kommission.

Laut Bericht der Zionistischen Kommission zählten die Schulen 11.843 Schüler und 602 Lehrer. 484 Lehrer waren für volle Lehrzeit engagiert, während 118 teils von der Schulverwaltung, teils in anderen Instituten beschäftigt waren.

In die Zahl der 11.843 Schüler sind 2974 Kinder in den Kindergärten mitinbegriffen, 588 Erwachsene in den Abendkursen, 1334 Kinder in den von uns in Damaskus, Sidon und Beyrut mit einem Kostenaufwand von jährlich 5000 £ erhaltenen Schulen und Kindergärten, und 347 Frauen und Mädchen in den Nähschulen, welche, abgesehen vom hebräischen Sprachunterricht, auf Kosten des Joint Distribution Committee erhalten werden. In diese Zahlen sind auch die Schüler der von uns in Jerusalem, Jaffa und Haife mit Kosten von über 1800 £ im Jahr erhaltenen Musikschulen miteingeschlossen, obgleich die Mehrzahl dieser Schüler auch noch andere unserer Schulen besuchen. Die tatsächliche Zahl der Schüler in Schulen innerhalb Palästinas dürfte sich mithin auf nicht mehr als 9400 belaufen.

Es gehörte nicht zu unserer Aufgabe, unser Erziehungswerk auf seinen kulturellen Gehalt zu prüfen. Wir hatten uns nur mit der finanziellen und administrativen Organisation des Schulsystems zu befassen und mit den Funktionen, welche unsere Schulen in dem allgemeinen Plan des Wiederaufbaues von Palästina verrichten sollten. Unsere Aufgabe war es, zu eruieren, wie die Bedürfnisse der Schulen am besten in Einklang gebracht werden könnten mit den an die Zionistische Kommission gestellten Anforderungen, konstruktive Kolonisation zu fördern und eine Einwanderung großen Stils innerhalb kurzer Zeit zu ermöglichen. Wir hatten zu erwägen, ob die Art, wie die Schulen

zurzeit erhalten werden, ihnen eine solide administrative Basis und eine feste wirtschaftliche Grundlage sichere und ob die Zionistische Organisation an sich berechtigt sei, über ein Drittel ihres Budgets für die Schulen zu verwenden. Wir mußten untersuchen, inwiefern die Schulen angetan seien, die neue Generation dazu zu erziehen, ihren Anteil am Aufbau der nationalen Heimat zu nehmen und bis zu welchem Grade das Schulsystem sich den praktischen Bedürfnissen des modernen Palästina anpaßt. Wir hatten schließlich zu erwägen, ob der Jishub genügende Verantwortung trägt, nicht nur für die finanzielle, sondern auch für die praktische Organisation des Schulwesens, und ob den Eltern in Palästina die ihnen zukommende Stimme in der Erziehung ihrer Kinder gegeben würde. Niemals haben wir in allen unseren Beratungen den gewaltigen Posten aus den Augen verloren, den die Schule in der Hebräisierung von Erez Israel darstellt. Niemals sind wir im Zweifel gewesen über die Bedeutung, die einem starken nationalen Schulsystem in Palästina in der hebräischen Wiedergeburt zukommt. Aber dem ungeachtet nahmen wir keinen Anstand, zu untersuchen, ob unsere Schulen auf solider und gesicherter Grundlage ständen oder ob sie bei einem Verwaltungssystem wie dem jetzigen der Zionistischen Organisation ungebührliche Lasten zumuten.

Wir müssen gestehen, daß wir das Schulsystem in allen seinen Teilen nicht als etwas Geheiligtetes betrachten oder es für unrecht hielten, zu erwägen, ob nicht im besten Interesse unserer Sache Ersparnisse oder selbst Einschränkungen vorgenommen werden könnten. Wenn wir unsere jungen, stämmigen, jüdischen Pioniere, Männer wie Frauen, beobachteten, die von weither herbeigekommen waren, tagsüber mit ungewöhnlicher Hingabe beim Straßenbau schaffend und des Nachts unter Zelten auf nackter Erde gebettet, wußten, während unsere Mittel nicht ausreichten, um ihnen, obgleich die Regenzeit nahte, selbst das primitivste Unterkommen zu verschaffen, so vermochten wir uns nicht zu dem Glauben aufzuschwingen, daß die Erhaltung dreier Musikschulen und mancher anderer Posten im Schulbudget von größerem nationalen Werte sei als die Sicherung der Gesundheit und des Wohlbefindens dieser jungen Männer und Frauen.

Wir waren überdies überzeugt, daß administrative Änderungen eingeführt werden könnten, die nicht allein beträchtliche Ersparnisse herbeiführen, sondern zugleich das Wesen der Arbeit verbessern würden. Die Schulen in den Städten selbst sind klein, und hieraus ergibt sich eine überflüssige Wiederholung von Klassen. Die oberen Klassen in Jerusalem und anderen Städten sind oft nur zehn Schüler

stark und könnten daher mit Leichtigkeit zusammengezogen werden. Unter urteilsfähigen Beobachtern ist man sich einig, daß die Einrichtung zentralisierter Schulen in den wichtigsten Städten zu bedeutenden Ersparnissen sowohl an Mieten wie an Gehältern führen würde. Die höheren Schulen könnten ebenfalls zu ihrem Vorteil verschmolzen werden. Heute existiert ein Gymnasium in Jaffa, ein anderes in Jerusalem und ein Realgymnasium in Haifa. In Jerusalem gibt es zwei Lehrerseminare, ein allgemeines und ein Mizrachi und außerdem ein Seminar für Lehrerinnen in Jaffa.

Ungeachtet eines Budgets von 120.000 £ sind so gut wie keine Bibliotheken gegründet worden. Und abgesehen von einem Leitfaden der Mathematik und einem hebräischen Elementarlesebuch wurden keinerlei Schulbücher herausgebracht, obwohl diese die Arbeit für Lehrer und Schüler bedeutend vereinfacht und erleichtert haben würden. Die Lehrer sind so gezwungen, ihren Vortrag auf denjenigen europäischen Textbüchern zu basieren, die ihnen zufällig vertraut sind. Das Resultat ist: eine Buchschule ohne Bücher. Die Vorbereitungen für die Unterrichtsstunden sind infolge dieses Mangels unnötig mühevoll. Während des Klassenunterrichtes sind die Lehrer 'genötigt, sich peinlich an ihre Notizen zu halten, aus Besorgnis, daß die Kinder es vielleicht unterlassen, alles Wesentliche in ihre Schreibhefte einzutragen. Die Vorträge neigen infolgedessen dazu, steif und schwerfällig zu werden, das Lernen selbst ist für Lehrer und Schüler zugleich erschwert und die Individualität beider wird erdrückt. Die Einrichtung von Bibliotheken und die Auflage von Schulbüchern würde nicht allein eine große Ersparnis, sondern vom rein erzieherischen Gesichtspunkt aus einen entschiedenen Fortschritt bedeuten.

Es ist höchst bedauernswert, daß während der letzten paar Jahre, als die Zionistische Organisation doch imstande war, einen solch unverhältnismäßig großen Teil ihrer Mittel Erziehungszwecken zuzuwenden, das Schulsystem nicht auf eine stabilere und mehr ökonomische Grundlage gestellt wurde. Doch selbst wenn die vorgeschlagenen Verbesserungen und Ersparnisse durchgeführt worden wären, so würde doch unserem Urteil nach die Organisation angesichts des drängenden Verlangens nach verstärkter Einwanderung und der Notwendigkeit konstruktiver Ansiedlung nicht länger den Hauptanteil an der Finanzlast unseres Erziehungswerkes zu tragen vermögen. Dies wird klar, wenn man erwägt, daß mit Zunahme der Einwanderung notwendigerweise auch das für Erziehung erforderliche Budget anwächst und sich vergrößert. Sollte die Organisation auch nur dasselbe Verhältnis

ihres Budgets wie bisher für Erziehung bestimmen, so würden doch keine Mittel für andere als gewöhnliche Schulzwecke verfügbar sein und die Aussicht auf höhere technische Ausbildung und das Universitätswerk wäre ganz und gar ausgeschlossen.

Ferner scheint es uns sehr bedauernswert, daß während der Zeit, in der die Organisation, genau genommen, das ganze Erziehungsbudget auf ihren Schultern trug, so wenig geschah, um die Schulen den praktischen Bedürfnissen des Lebens in Palästina anzupassen. Außer Näh- und Handarbeitsunterricht für Mädchen gab es kaum irgendwelche Unterweisungen in praktischen Fächern, die geeignet gewesen wären, die Kinder mit dem Boden der Heimat zu verbinden und sie zu befähigen, ihren Unterhalt im Lande zu verdienen. Die Kinder lernten zumeist ihr intellektuelles Interesse in eine Richtung zu lenken, die sich nicht gerade aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten des palästinensischen Lebens ergibt. Weder technischen noch Handfertigkeitsunterricht gab es und so gut wie keine landwirtschaftliche Unterweisung. Das gesamte Erziehungssystem scheint sich oberflächlich nach europäischen Vorbildern zu richten, und die besten Schüler werden gelehrt, in der Universitätskarriere im Auslande das Ziel ihrer Wünsche zu erblicken, anstatt nützlichen Anteil am Aufbau des jüdischen nationalen Heims zu nehmen. Es ist dies ein System, das überdies die Eltern in Palästina empfinden läßt, daß ihnen jeglicher Einfluß auf das Leben ihrer Kinder versagt wird und mit dem sie daher durchaus unzufrieden sind.

Vielleicht liegt hierin zum Teil die Ursache, warum der Jischub nicht freigiebiger zum Unterhalt der Schulen beigetragen hat. Denn eine der auffälligsten Tatsachen, das bestehende Schulsystem betreffend, ist die ungenügende Beisteuer seitens des Jischub zur Unterstützung seiner eigenen Schulen. Eine der Tatsachen, die niemand bestreitet. Kein gut unterrichteter Zionist erwartet, daß die hebräischen Schulen in ein par Wochen von Unterstützung aus dem Auslande unabhängig gemacht werden können, und könnte ebensowenig dagegen sein, daß ihnen noch für einige Zeit hinaus beschränkter Beistand geleistet wird. Aber darüber dürften sich alle einig sein, daß der Jischub innerhalb seiner Möglichkeiten den Hauptanteil der Verantwortlichkeit für den Unterhalt seiner Schulen auf sich nehmen sollte.

Der Jischub vermag heutzutage eine viel größere finanzielle Verantwortlichkeit zugunsten des Schulsystems auf sich zu nehmen, als er tatsächlich erfüllt. Nehmen wir den Fall von Petach Tikvah als Beispiel. Petach Tikvah wurde im Jahre 1878 gegründet und ist

heute die größte jüdische Kolonie in Palästina. Es zählt 3300 Einwohner, hat 15.000 Dunam Land in Orangen und unbewässerten Plantagen unter Kultur. Das Schulbudget für Petach Tikvah für 1919/20 betrug £ 5000. Die Kolonisten von Petach Tikvah steuerten hierzu nur £ 134 bei nebst freier Benützung ihres Schulhauses. Ähnlich ist der Fall von Rechoboth. Im Jahre 1890 gegründet, hat diese Kolonie 1000 Einwohner und eine Bodenfläche von 11000 Dunams unter Pflanzungskultur. Sein Schulbudget für 1919/20 betrug £ 1644, die Beisteuer der Gemeinde Rechoboth nur £ 300. Ebenso in Rishon le Zion, der ältesten jüdischen Kolonie, gegründet im Jahre 1882, die heute 1500 Einwohner und eine kultivierte Bodenfläche von 19.000 Dunam, sowie eine der größten Weinkellereien der Welt besitzt; die Kosten der Schule beliefen sich im Jahre 1919/20 auf £ 2711, der Beitrag der Kolonisten auf £ 450.

Die unverhältnismäßig geringe Last, die von der palästinensischen Bevölkerung getragen wird, läßt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. Teilweise rührt sie von der Nachsicht der Schulverwaltung her, mit der diese Schulgeld und Gemeindebeiträge eintreibt; teilweise daher, daß die reichen Kolonisten nicht den ihren Verhältnissen entsprechenden Anteil an den Erziehungskosten tragen, denn die jeweiligen lokalen Schuleinkünfte stammen von Schulgeldern, zu denen die Schüler eingeschätzt werden, nicht aber aus Beiträgen, welche die Mitglieder der jüdischen Gemeinde je nach ihren Mitteln beizusteuern hätten. Teilweise mag es auch einem gewissen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl zuzuschreiben sein, der seinen Ursprung in der Vorstellung findet, daß reiche Leute im Auslande die Rechnung bezahlen und daß die Schulen über den Einfluß der Eltern in Palästina stehen und diesen gleichgültig sind.

Nach sorgfältiger Untersuchung gelangten wir zur Überzeugung, daß die Zionistische Organisation dem Jischub einen schlechten Dienst erweisen würde, wenn sie noch weiterhin die väterliche Rolle spielen würde, die sie bisher in der palästinensischen Erziehung bekleidet hat. Die Organisation hat notgedrungen ihre Arbeit auf Kolonisation und Ansiedlung zu konzentrieren. Das Judentum in Palästina sollte ermutigt werden, einen größeren Teil als bisher nicht allein der materiellen Bürde, sondern auch der tatsächlichen Verwaltung der Schulen auf sich zu nehmen. Wir waren bemüht, einen Weg zu finden, das Erziehungssystem zu kräftigen und zu stabilisieren, um es den Bedürfnissen des Landes anzupassen und zu gleicher Zeit den Einfluß der lokalen Bevölkerung entschiedener ausgeprägt und verantwortungsvoller zu gestalten.

Eine Reihe von Umständen und Erwägungen führte uns zum Schluß, daß die Schulen dem Vaad Haleumi, dem engeren Rat der Asefath Hanibcharim (der jüdischen Delegiertenversammlung), überantwortet werden sollten. Wir meinten, wenn das Erziehungswesen dem Vaad Haleumi anvertraut wird, die beste Gewährleistung für die Aufrechterhaltung des nationalen Charakters unserer hebräischen Schulen gegeben wäre. Unsere Ansicht, daß der Vaad Haleumi die geeignete Körperschaft war, das Erziehungswesen zu übernehmen, wurde beim ersten Zusammentreffen mit seiner Exekutive bekräftigt.

Wir waren nicht unvorbereitet, in Palästina einem Antagonismus gegen die Reorganisationskommission zu begegnen. Die Meinung im Lande war gegen die Exekutive der Zionistischen Organisation eingenommen worden. Einseitige Berichte über die Jahreskonferenz in London hatten diese Gefühle nur noch verstärkt. Man sagte, die Reorganisationskommission würde kein selbständiges Urteil haben, sondern wäre im voraus durch Vorschriften aus Amerika gebunden, daß die Kommission nur gekommen wäre, um nationales Gut zu beseitigen. Gerüchte liefen um, daß Beamte entlassen würden, Kwuzoth aufgelöst, die Einwanderung vollkommen eingestellt und finanzielle Kontrolle eingeführt werden würde.

Aber wir müssen gestehen, daß die Abneigung gegen die Reorganisationskommission, die sich bei unserem ersten Zusammentreffen mit der Exekutive des Vaad Haleumi offenbarte, alle unsere Erwartungen übertraf. Man war sich eins darüber, uns so viel Beleidigendes zu sagen, als man nur konnte. Man schien die Ansicht zu vertreten, die Zionistische Organisation vermöge nichts zu tun ohne Zustimmung des Vaad Haleumi. Ungeachtet unserer Bemühungen, die Diskussion zu der Frage zurückzuführen, die uns alle beschäftigte — was in dieser finanziellen Krisis zu tun sei —, begegneten wir nur allseitig der emphatischen Behauptung, das palästinensische Judentum würde die Sammlung der erforderlichen Mittel besser besorgt haben.

Unser Zusammentreffen mit dem Vaad Haleumi überzeugte uns, daß es absolut falsch sei, daß eine Körperschaft wie der Vaad Haleumi, der mit solcher Heftigkeit sich darüber ausließ, was in zionistischen Angelegenheiten zu tun und was nicht zu tun sei, keinen bedeutenden Anteil an unserem Werke und nicht die geringste finanzielle Verantwortung habe. Der Vaad Haleumi muß eine Arbeit zu leisten und Verantwortlichkeit zu tragen haben, und uns erschien keine Arbeit und Verantwortlichkeit mehr für den Vaad Haleumi geeignet, als die Verwaltung der hebräischen Schulen.

Wir formulieren unsere Vorschläge folgendermaßen:

1. Der Vaad Haleumi hat in Gemeinschaft mit dem Vaad Hachinuch und lokalen Unterausschüssen das Schulwerk zu übernehmen.

2. Mit Zustimmung der Zionistischen Exekutive soll durch den Vaad Haleumi ein Verein für die hebräische Schule in Palästina gegründet werden. Der Verein soll seine Mittel hauptsächlich durch feststehende Jahresbeiträge seiner Mitglieder in aller Welt erheben. Organisationsmethode und Propaganda für die Schaffung eines derartigen Fonds sollten mit der Zionistischen Organisation vereinbart werden, um Kollusionen mit der Tätigkeit für den Keren Hayesod zu vermeiden. Mit den verschiedenen Komitees, Logen und anderen jüdischen Institutionen, die sich für die Wiedergeburt der hebräischen Sprache interessieren, wären Verbindungen anzuknüpfen. Auf diese Weise ließen sich zweifellos beträchtliche Mittel aufbringen ohne Reibungen oder Konflikt mit den Anforderungen für Fonds seitens der Zionistischen Organisation.

Ein solcher Verein würde ein starkes Band zwischen dem Jischub und Juden und jüdischen Gemeinden über die ganze Erde hinknüpfen. Sein Aufruf sollte selbst in Kreise dringen, welche die Zionistische Organisation nicht erreicht. Er sollte eine neue Begeisterung entfachen für die wiedererwachte hebräische Sprache.

Mittels der festgesetzten Mitgliederbeiträge eines solchen Vereines sollte es möglich sein, den Schulen ein festes Jahreseinkommen zu sichern, welches in jeder Beziehung den schwankenden Einnahmen durch Gaben oder ungewisse Zuwendungen seitens der Zionistischen Organisation vorzuziehen wäre. Nur auf diesem Wege der festgesetzten jährlichen Beiträge könnte eine finanzielle Basis geschaffen werden, die es ermöglichen würde, Mittel für Schulhäuser aufzubringen, welche dringend nötig sind, um die ungesunden Gebäude zu ersetzen, welche wir jetzt zu sehr hohem Zins zur Miete haben. Diese Neubauten würden die Vereinigung einer Anzahl kleinerer Schulen gestatten und eine beträchtliche Verminderung der administrativen Unkosten ermöglichen.

3. Im Zusammenhang mit dieser Abmachung würde die Zionistische Organisation eine Subvention von monatlich 7941 für das Erziehungswerk während des laufenden Jahres gewähren, abgesehen von ihrer Zahlungsverbindlichkeit von £ 8413 für Gehaltserhöhungen für die Monate Oktober, November und Dezember 1920. An dieser Subvention würde eine etwaige Erhöhung des Schuleinkommens nichts

ändern. Im September 1921 wäre die Subvention um mindestens 50% herabzusetzen und weitere Herabsetzungen wären in künftigen Jahren vorzunehmen. Die Organisation würde sich das Recht vorbehalten, an ihren Beitrag Bedingungen zu knüpfen, wie z. B. die Förderung technischer und Handfertigkeitensausbildung. Der Betrag der Subvention für die nächsten Jahre hätte vor April 1921 bekanntgemacht zu werden.

Wir bedeuteten dem Vaad Haleumi, daß die Zionistische Organisation keine Verbindlichkeiten oder Verantwortlichkeiten irgendwelcher Art über die zugesagten Subventionen hinaus auf sich nehmen könne. Wir betonten besonders, daß wir uns den Lehrern nach Ablauf ihrer jetzigen Kontrakte nicht weiter verpflichten und daß unser Departement für Erziehungswesen am 30. September 1921 eingehen werde, ob nun der Verein für die hebräische Schule in Palästina nach unserem Vorschlag gegründet wird oder nicht.

Diese Vorschläge wurden der Exekutive des Vaad Haleumi unterbreitet, aber diese war nicht imstande zu einer Entscheidung zu kommen, ohne die Angelegenheit einer vollzähligen Versammlung des Vaad Haleumi zu überweisen. Die Exekutive des Vaad Haleumi schien plötzlich wie umgewandelt: die Schwäche des Vaad Haleumi und sein unbestimmter Status wurden als Beweisgründe gegen unsere Vorschläge vorgebracht. Die Neigung, Entscheidungen hinzuschieben, machte sich bemerkbar. Wir waren mithin genötigt, zu erklären, daß die von uns unterbreiteten Vorschläge das Maximum der Subvention repräsentieren, welche gewährt werden würde.

Wir sind fest davon überzeugt, daß unser Werk nur dadurch auf eine solide und sichere Grundlage gestellt werden kann, daß die Schulen dem Jischub anvertraut und ein eigener Verein für die hebräische Schule in Palästina gegründet wird. Falls dieser Weg nicht eingeschlagen wird, so werden den Zionistischen Fonds große und beständig zunehmend Beträge für das Erziehungswesen des bestehenden Jischub entzogen und Einwanderung und Ansiedlung dementsprechend verzögert werden.

Siebenter Teil.

Struktur der Zionistischen Organisation und Institutionen in Palästina.

Nunmehr dürfte es zweckdienlich sein, die innere Struktur des Werkes der Zionistischen Organisation in Palästina knapp zu schildern, einschließlich des Werkes von Institutionen, die sie kreierte, um beim Aufbau eines jüdischen Palästina mitzuhelfen.

1. Auflösung der Zionistischen Kommission.

Die Zionistische Kommission an sich ist *functus officio* geworden. Ihr Werk war beendet, sobald eine Zivilverwaltung eingesetzt war, deren Funktion es ist, unter der Ägide der League of Nations beim Aufbau des jüdischen Heimplandes mitzuwirken. Für die neuen konstruktiven Arbeiten hat die Kommission sich als unzuständig und ungeeignet erwiesen.

Ein sehr großer Teil des Werkes der Kommission muß völlig aufgelöst werden. Ungeachtet der auf Veranlassung der Londoner Exekutive im vergangenen Herbst vorgenommenen Verringerung des Personals hat die Kommission noch immer zu viele Angestellte. Die Überzahl ihrer Departements und der Mangel an Organisation in ihrer inneren Geschäftsführung würden sich ohne nachteilige Folgen auf keinen neuen administrativen Apparat übertragen lassen. Das Fehlen einer finanziellen Kontrolle und die Nachlässigkeit einer Budgetmethode, wie sie jetzt herrscht, müßten jeder Organisation verhängnisvoll werden.

Das Werk der Kommission, welches die Zionistische Exekutive übernimmt, ist zu vereinfachen und besser zu koordinieren. Die administrative Autonomie mehrerer Departements muß aufhören und ein zentralisiertes Buchhaltungssystem eingeführt werden. Der Finanzsekretär muß der Exekutive direkt dafür einstehen, darauf zu sehen, daß alle Ausgaben sich innerhalb der Grenzen des Budgets halten und den Zwecken zukommen, die im Budget vorgesehen sind. Das

Technische, Statistische, Land-, Rechts- und Allgemeine Departement sowie das Bureau in Kairo sind sogleich, das Erziehungs-Departement im September 1921 zu schließen. Während die Kommission zurzeit ein überzähliges Personal von ungenügend bezahlten Beamten aufweist, sind Leute von geschulter Intelligenz und technischer Gewandtheit vonnöten.

2. Ein kleines Exekutive-Sekretariat.

Nach unserer Meinung muß das Werk der Zionistischen Organisation in Palästina der Zionistischen Exekutive direkt unterstellt sein, die an der Leitung und Koordination unseres Werkes in Palästina tätigen Anteil zu nehmen hat. Beibehaltung einer besonderen Körperschaft wie der Kommission, wie sie auch beschaffen sein möge, würde zur unerwünschten Zersplitterung der Verantwortlichkeit führen. Der Finanzsekretär in Palästina muß für alle Ausgaben der Exekutive und niemand anderem verantwortlich sein. Das Werk der Exekutive sollte in einem kleinen Sekretariat konzentriert und durch dieses koordiniert werden. Diesem Sekretariat sollte soviel als möglich von der Arbeit, die zurzeit in London erledigt wird, überwiesen werden, einschließlich der Publizitäts-, Propaganda- und Organisationsarbeit.

Das Werk des Exekutive-Sekretariats sollte umfassen:

- a) Einwanderungs- und Arbeitsbureau;
- b) Landwirtschaftliches Versuchswesen, einschließlich technischer Beratung und Beistandes für Ansiedler;
- c) Erteilung von Auskünften und Publizitätsdienst;
- d) Organisation und Propaganda (d. h. innere Beziehungen der Zionistischen Exekutive zu den konstituierenden Föderationen).

3. Wirtschaftliche Institutionen.

Es geht nicht an, produktive und unproduktive Ausgaben untereinander zu mengen, wie es bisher geschehen ist. Die Zionistische Organisation ist nicht darauf eingerichtet, selber weitreichende ökonomische Befähigungen vorzunehmen, ihre Aufgabe ist vielmehr die Dirigierung, Koordinierung und Kontrolle solcher Unternehmungen. Institute, die zweckentsprechend inkorporiert sind und unter angemessener Kontrolle stehen, sind mit der eigentlichen Ausführung unserer ökonomischen Aufgaben zu betrauen. Die Institutionen, welche uns als von erster Bedeutung beim wirtschaftlichen Aufbau von Palästina erscheinen, sind folgende:

- A. Allgemeine Kreditbank: Anglo Palestine Company (s. S. 33).
- B. Städtische Hypothekenbank (s. S. 33).
- C. Agrarische Hypothekenbank (s. S. 52).
- D. Kooperative Landwirtschaftsbanken (s. S. 52).
- E. Landwirtschaftlicher Ausrüstungsfond (s. S. 52).
- F. Darlehensfond für Handwerker und kleine Fabrikanten (s. S. 33).
- G. Arbeiterbank (s. S. 29).
- H. Arbeiter-Ausrüstungsfond (s. S. 29).
- I. Kooperative Großeinkaufs-Gesellschaft (s. S. 21.)
- J. Zentrale Landankaufs-Agentur (s. S. 21).
- K. Jüdischer Nationalfond (dessen Hauptbureau vom Haag nach Palästina übertragen werden sollte).
- L. Société d'Etude (s. S. 34).

Jedes dieser Institute sollte ein getrenntes und inkorporiertes Ganzes sein. Für Zionistische Kontrolle der Geschäftsführung und Zionistische Repräsentation im Direktorium eines jeden Institutes sollte in einer für jeden Fall angemessenen Weise vorgesorgt sein. Die Governors sollten lediglich auf Grund ihrer Befähigung für ihre besonderen Aufgaben gewählt werden. Die Bestimmung der grundlegenden Politik steht der Exekutive und nicht den Governors zu. Die Ernennung der Governors sollte daher nicht von politischen Erwägungen beeinflusst werden dürfen.

Ein beratender Ausschuss sollte aus den für die verschiedenen Institute von der Zionistischen Exekutive ernannten Governors zusammengesetzt werden. Die Mitglieder der Zionistischen Exekutive in Palästina sollten ex officio an den Verhandlungen teilnehmen. Die Mitglieder des beratenden Ausschusses sollten einander betreffs ihrer gemeinsamen Probleme konsultieren und die Exekutive in ökonomischen Angelegenheiten beraten. Für die Erfüllung ihrer besonderen Obliegenheiten sind sie unmittelbar der Exekutive verantwortlich.

Kein Plan jedoch, er mag noch so vollkommen sein, vermag von selbst zu funktionieren. Konstruktive Fähigkeit wird nötig sein, um unsere Vorschläge auszuführen; allgemeines Vertrauen unentbehrlich, ihnen Lebenskraft einzuhauchen. Wir haben versucht, die Probleme der Zionistischen Organisation in Palästina und die Wege, welche zu ihrer Lösung beschriftet werden sollten, zu skizzieren. Das hierin niedergelegte Programm sollte nur dann ins Werk gesetzt werden, wenn diejenigen, die es auszuführen haben, an dasselbe glauben und zu seiner Förderung jene geschulte Intelligenz und jenes allgemeine Wohlwollen mitbringen, die unentbehrlich sind, ihm Leben und Wert zu verleihen.

Anhang.

Budgetaufstellung für Palästina.

Bei ihrer Ankunft wurde der Reorganisations-Kommission eine Aufstellung übergeben, aus der hervorging, daß die Zionistische Kommission im Monate Oktober £E. 9580 mehr ausgegeben hatte, als von London bewilligt und remittiert worden war. Das Defizit war durch die Verwendung von Treuhand-Geldern, insbesondere von Jüdischen Nationalfonds-Geldern, gedeckt worden.

Die Reorganisations-Kommission übernahm diese Defizite zu Lasten Londons ebenso wie die früheren Defizite im August 1920 von London übernommen und gedeckt worden waren. Das geschah, um die Palästina-Rechnungen mehr oder minder zu klären.

Für den Monat November unterbreitete uns die Zionistische Kommission einen Voranschlag von £E. 34.739; darin waren noch nicht eingeschlossen weitere £E. 5500, welche jenen Teil des Oktober-Defizites darstellten, der sofort gedeckt werden mußte. Bald stellte sich heraus, daß der wirkliche Bedarf den Voranschlag übertraf. In der Ziffer von £E. 34.739 war das Erziehungs-Budget mit £E. 9500 angesetzt, während der Vaad Hachinuch ein Budget im Betrage von £E. 11.079 vorlegte. Der Budget-Voranschlag von £E. 3000 für Immigration war auch offenkundig niedriger als der Situation entsprach; dies ergab sich aus den Aufstellungen der Kommission selbst. Der von ihr unterbreitete Voranschlag sah z. B. keine Ausgaben für Ausrüstungsgegenstände für die Immigranten vor, und die Zahl von Immigranten, mit welcher der Voranschlag rechnete, war geringer als die Zahl der bereits avisierten Einwanderer. Außerdem war die Durchschnittszeit der Immigranten-

fürsorge vor ihrer Beschäftigung kürzer angesetzt als der Erfahrung entsprach. Tatsächlich wurde der Voranschlag von £ 3000 für November später wesentlich überschritten.

Aus der Diskussion ging bald hervor, daß eine geordnete Budgetaufstellung nicht eingerichtet worden war. Die sogenannten Budgets bestanden lediglich aus Voranschlägen für die Kasseausgaben jedes Monats. Es gab keine ordentliche Buchführung für Kapitalsaufwendungen, und Verbindlichkeiten wurden überhaupt nicht gebucht. Um dies an Beispielen klar zu machen: als Erziehungsbudget wurden die monatlichen Ausgaben für Gehälter und Unkosten angesehen, aber ein proportioneller Teil der nur einmal des Jahres zu zahlenden Ausgaben wurde nicht zugerechnet. Diese Auslassung war u. a. der Grund, daß, wie später hervorging, der Vaad Hachinuch der irrtümlichen Ansicht war, daß die Exekutive in London größere Budgets bewilligt hätte, als den Tatsachen entsprach. Die Lage war ähnlich im Agrikultur-Departement, wie aus dem Text des Berichtes hervorgeht. Die Budgets der verschiedenen Departements, die in London autorisiert worden waren, wurden in Jerusalem nicht beachtet. So hatte London seit einiger Zeit £E 1000 pro Monat für Universitätszwecke remittiert; diese Beträge wurden für andere Zwecke verbraucht, aber gleichzeitig wurden die Ausgaben, die für die Universität gemacht wurden, dem Konto der Zionistischen Organisation in London belastet, d. h. sie wurden so behandelt, als ob dafür kein Budget autorisiert worden wäre.

Darlehen wurden immer ohne Rücksicht auf ein Budget gegeben. Dies trifft auch zu für die Zahlung von Schulden, und es scheint, als ob die Theorie bestand, daß man von Zeit zu Zeit Verbindlichkeiten eingehen könne, die am Verfalltag einfach als Schulden zu behandeln und als Budgetüberschreitungen zu decken seien. Waren wurden von der Kommission gekauft ohne Rücksicht auf das Budget. So wurde z. B. ohne Autorisation von London ein Darlehen von der Ägyptischen Federation aufgenommen, um Wasserröhren zu kaufen. Weitere Auslagen erwuchsen später im Zusammenhang damit, und der Reorganisations-Kommission wurde erklärt, daß der Kauf eine ganz exzeptionelle Gelegenheit war, die man sich nicht entgehen lassen konnte. Die Röhren konnten aber nicht gebraucht werden, und als die Reorganisations-Kommission ihren Verkauf anordnete, war kein Käufer dafür zu finden.

Es ist bisher noch nicht gelungen, diese Röhren zu verkaufen, obgleich unterdessen das Darlehen zurückgezahlt werden mußte und obgleich das Geld für andere Zwecke dringend gebraucht wird.

Für November war die Reorganisations-Kommission nicht in der Lage mehr zu tun als den Maximalbetrag für das Budget zu bestimmen und kleinere Änderungen in den Voranschlägen zu machen. Von Dezember an hingegen wurde das Budget mit ziemlich genauer Detaillierung festgesetzt. Wir gingen im allgemeinen von dem Prinzip aus, daß unproduktive Ausgaben so weit als möglich eliminiert werden sollen und daß Ausgaben für bestehende Unternehmungen auf das nötige Minimum zu reduzieren sind, damit ein möglichst großer Teil der Mittel auf das konstruktive Ansiedlungswerk selbst konzentriert werden kann. In allen Fällen wurden definitive juristische Verpflichtungen gedeckt und infolgedessen wurden von der Reorganisations-Kommission größere Ausgaben bewilligt als sonst richtig erschienen wäre.

Das Erziehungsbudget wurde von der Reorganisations-Kommission lediglich als ein Kassabudget festgesetzt, d. h. es wurde einfach festgesetzt, daß ein Betrag £ E. 7941 monatlich zu remittieren ist. Dieser Betrag wurde folgendermaßen fixiert: zu den früher von Zeit zu Zeit in London bewilligten Beträgen wurden jene Beträge addiert, welche von der Exekutive unmittelbar nach der Jahreskonferenz bewilligt wurden; ein Teil der schätzungsweise festgesetzten Erhöhung der Schulgelder wurde dabei in Rechnung gestellt. Der Vaad Hachinuch hatte jedoch Verbindlichkeiten auf sich genommen, welche diese Autorisationen überstiegen. Er tat dies auf Grund der irrtümlichen Annahme, daß ein größerer Betrag bewilligt worden wäre. Aus diesem Grunde wurde dem Vaad Hachinuch eingeräumt, alle erhöhten Schulgelder sowie andere durch ihn gesammelte Gelder zu benützen, um seinen Verbindlichkeiten nachzukommen, es wurde aber angekündigt, daß der Zuschuß seitens der Zionistischen Organisation auf £ E. 7941 monatlich beschränkt bleiben wird. Abgesehen von diesem laufenden Budget gab es einen Posten von £ E. 429, welcher eine Schuld an die Lehrer für Abzüge von ihren Gehältern zum Zwecke der Zuweisung an einen Pensionsfonds darstellte. Dieser Pensionsfonds war im Vorjahre auf Grund von Abzügen von den Lehrergehältern eingerichtet worden. Die

Zionistische Kommission hatte zugesagt, einen gleichen Betrag aus zionistischen Fonds beizusteuern. Die Abzüge von den Lehrergehältern wurden zwar vorgenommen, wurden aber nicht diesem Arrangement gemäß beiseite gelegt, sondern für andere Zwecke verwendet. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, diesen Betrag von £ E. 429 außer dem ordentlichen Schulbudget zu beschaffen. Außerdem war eine Gehaltserhöhung für die drei Monate von Oktober bis Dezember 1920 von der Londoner Exekutive zugesagt worden, und es wurde deshalb verabredet, daß dieser Betrag für die Lehrer in sechs Monatsraten ab April 1921 remittiert werde.

Für das neue Schuljahr vom 1. Tischri 5682 ab wurde der Maximalzuschuß aus unseren Fonds mit £ E. 4108 monatlich festgesetzt. Dies ist im Text des Reports erklärt. Es wurde klar festgestellt, daß dieser Beitrag nur auf Grund von Bedingungen gemacht werden würde, welche eine Besserung in der Schulverwaltung herbeiführen sollen. Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier nochmals betont, daß dieser Betrag von £ E. 4108 monatlich nicht die angenommenen Totalausgaben für Erziehungswesen darstellt, sondern nur unseren Beitrag dazu.

Ein Agrikulturbudget war von der Kommission im Detail niemals ausgearbeitet worden, außer wenn man etwa die Vorschläge für die Jahreskonferenz als einen Voranschlag betrachten will. Dieser Voranschlag nahm eine Ausgabe von £ E. 536.370 plus £ E. 130.000 für je tausend weitere Einwanderer in Aussicht. Trotz wiederholtem Ersuchen Londons um ein detailliertes Budget innerhalb des Rahmens unserer Mittel wurde der Exekutive kein Voranschlag unterbreitet. Der Reorganisations-Kommission wurde mitgeteilt, daß, infolge der durch die beständigen Defizite geschaffenen Unsicherheit, man dazu gekommen war, von Monat zu Monat neue Budgets auszuarbeiten. Es ist offenkundig, daß solch ein Vorgehen jede landwirtschaftliche Arbeit hindern muß, aber schuld daran trägt nicht London, sondern Jerusalem, wo die Ausgabenüberschreitungen sich fortwährend wiederholten.

Das Agrikultur-Departement erklärte, genau so wie alle anderen Departements, daß der unterbreitete Kostenvoranschlag das unreduzierbare Minimum darstellt.

Die Reorganisations-Kommission nahm es als Richtlinie ihrer Entscheidungen an, daß so weit als möglich unsere landwirt-

schaftliche Arbeit auf dem Boden konzentriert werden sollte, welcher Eigentum des jüdischen Volkes ist. Aus diesem Grunde wurde im großen und ganzen der Voranschlag für die sechs Nationalfondsfarmen ungekürzt angenommen, obgleich es der Reorganisations-Kommission klar war, daß der ganze Plan und die Methode, welche diesen Voranschlägen zugrunde liegen, einer radikalen Änderung in der in unserem Report ange-deuteten Richtung bedürfen. Aber es war unmöglich, solche weit-gehende Änderungen sogleich vorzunehmen. Unter diesen Umständen wurde die Bedingung aufgestellt, daß das ganze Arbeitsschema für diese Farmen zu revidieren sei und daß für das nächste Jahr neue Vereinbarungen zu treffen sind.

Alle juridischen Verpflichtungen wurden erfüllt. Sonst wurden Kürzungen vorgenommen, und zwar im allgemeinen in folgender Weise:

a) Einige Gruppen arbeiteten auf privatem, manche auf nicht jüdischem privatem Lande. In jedem Falle wurde untersucht, ob für eine Fortsetzung der Ausgaben zwingende Gründe bestanden, und weitere Ausgaben in geringerem Maßstabe unter bestimmten Bedingungen wurden bewilligt, wo immer dies angezeigt erschien.

In Acco und Ein Ganim hatten die Gruppen eigene Mittel investiert und es erschien daher nur billig, einen weiteren fest-gesetzten Maximalbeitrag zu bewilligen auf Grund der definitiven Vereinbarung, daß damit die Gruppen selbständig gemacht würden. Die Gruppe in Jaffa konnte durch einen weiteren Beitrag und durch Amalgamierung mit Ein Ganim wirtschaftlich selbständig gemacht werden. Aus diesem Grunde wurde der weitere Beitrag bewilligt. Bei den drei Gruppen in Ayeleth Haschachar, Machnayim und Biriyeah wurden ebenfalls weitere Beiträge bewilligt, um es diesen Gruppen zu ermöglichen, für die Zukunft mit der I. C. A., auf deren Boden sie arbeiten, definitive Vereinbarungen zu treffen. In Tireh wird der Pachtvertrag mit Ende des Jahres ablaufen und die Ausgaben für diese Kwuzah wurden daher bis zu Ende des Pachtvertrages fortgesetzt. In Kalandia, welches der Palestine Land Development Co. gehört, gibt es vorläufig noch keine Möglichkeit für eine ständige Ansiedlung, weil das Land in vielen kleinen Parzellen zerstreut ist. Daher wurde der Zuschuß ab Februar aufgehoben. In Talpioth arbeitete die Gruppe auf

nicht jüdischem Boden und mangels spezieller Gegengründe mußten weitere Beiträge eingestellt werden.

b) In einigen Fällen war es möglich eine dritte Partei zu finden, welche billigerweise veranlaßt werden konnte, die bisher von der Zionistischen Organisation gezahlten Unkosten zu übernehmen. Dies trifft zu bei Dagania B und C, bei Nachlath Jehuda und bei den Terrassierungsarbeiten in Dilb. Vorbehaltlich der Zustimmung des Direktoriums wurden diese Ausgaben vom Nationalfond übernommen. In dem Falle von Tel Adas wird der Zuschuß der Zionistischen Organisation in Zukunft in Form eines Darlehens an die PLDC gegeben werden, da die Arbeiten zur Wahrung der Interessen der PLDC vorgenommen werden. Die Ausgaben für Aufforstung in Ein Chai wurden unter der Bedingung fortgesetzt, daß sie von der rumänischen Achusah Tikvath Israel zurückgezahlt werden.

c) In vielen Fällen, vor allem bei den Aufforstungsarbeiten, waren Ausgaben unternommen worden, deren Fortführung unmöglich oder nicht wünschenswert erschien, und es wurde daher beschlossen, die Arbeit zu unterbrechen, bevor weitere Verluste erlitten werden.

Aus ähnlichen Gründen wurde die Arbeit unterbrochen, welche unter Umständen wünschenswert sein könnte, aber für welche uns gegenwärtig die Mittel fehlen, so z. B. Veterinär- und Kochschulen.

d) Dilb war ein in großem Stile angelegtes Experiment, in welchem das Prinzip der vollständigen Einrichtung angewendet werden sollte. Die Reorganisations-Kommission reduzierte den Maßstab des Experimentes und entschied gegen die Anwendung des Prinzips vollständiger Einrichtung. Die laufende Arbeit für die bestehende Gruppe werden weitergeführt und ein Kostenvorschlag wurde gebilligt in einem Ausmaße, das die Ansiedlung der Gruppe auf Basis dieser im Voraus bestimmten Ausgabe ermöglichen soll. Auf Grund dieser Auslage soll den Ansiedlern der Boden anbaufähig übergeben werden mit gewissen Einrichtungen in beschränktem Maße, nicht aber mit Häusern, Ställen und dergleichen.

Aus dem vorhergesagten geht hervor, daß das Agrikulturbudget erheblich reduziert wurde. Doch muß erwähnt werden, daß die Ziffern, die am Ende dieser Aufstellung gegeben sind,

nach zwei Richtungen hin unvollständig sind: Erstens muß eine nicht wiederkehrende Ausgabe von etwa £ E. 2000 im Zusammenhange mit der Überführung einer Anzahl der neueingewanderten Arbeiter von Aufforstungsarbeiten (hauptsächlich auf privatem Boden) zu Kwishim und ähnlichen Arbeiten zugefügt werden.

Zweitens werden die Ziffern in den letzten Monaten des Jahres zweifellos ganz bedeutend erhöht werden müssen, um den Vorbereitungsarbeiten für das nächste landwirtschaftliche Jahr gerecht zu werden. Doch dies hängt von der Ausführung der in unserem Report dargelegten Pläne ab. Es ist möglich, daß ein Teil dieser neuen Ausgaben durch die Ernten ausgeglichen wird werden, doch wird jedenfalls eine Mehrausgabe nötig sein. Was Dilb anbelangt, so muß noch hinzugefügt werden, daß wir jetzt von dem Agrikultur-Departement hören, es hätte sich ein Irrtum in den Berechnungen eingeschlichen. Wir hatten zwar alle Ziffern mit dem Departement an Ort und Stelle besprochen, doch befinden wir uns jetzt diesbezüglich in Korrespondenz.

Wenn man in Betracht zieht, daß im Falle von 13 Gruppen das Aufhören unserer Zuschüsse nach Ende der laufenden Saison definitiv arrangiert worden ist, so geht hervor, daß die Verbindlichkeiten der Vergangenheit liquidiert werden, um so weit als möglich für neue Arbeiten in der Landwirtschaft Raum zu machen. Der Weg zur Inangriffnahme dieser neuen Arbeiten sollte zum größten Teil durch die Versuchsstationen gewiesen werden, für welche größere Beträge bewilligt wurden, unter Vorbehalt der Möglichkeit einer weiteren Bewilligung, wenn die Arbeit im Süden noch in dieser Saison in Angriff genommen werden kann.

Es besteht keinesfalls die Absicht, unsere Tätigkeit auf dem landwirtschaftlichen Gebiete lediglich in dem von den Ziffern des heurigen Jahresbudgets gesteckten Rahmen zu halten. Diese Ziffern sollen ganz im Gegenteil mit den angedeuteten Ausnahmen lediglich als Liquidierung vergangener Bemühungen angesehen werden. Ein konstruktives Landwirtschafts- und Ansiedlungsprogramm soll auf Grund der in unserem Report angedeuteten Prinzipien ausgearbeitet werden, und insbesondere werden unsere Bemühungen dahin gehen, müssen einen landwirtschaftlichen Ausrüstungsfond zu schaffen. Es besteht aber nicht die Absicht noch einmal ein theoretisches Konglomerat von Ziffern vorzulegen, welches unsere Mittel bei weitem übersteigt.

Die Technische Abteilung mußte bis zu Ende Jänner finanziert werden, um begonnene Arbeiten fertigzustellen, soll aber dann aufgelöst werden. Diese Entscheidung wurde von der Reorganisations-Kommission auf Grund der Überlegung getroffen, daß solche Arbeiten durch Zweckorganisationen am besten ausgeführt werden können. Die Tatsache, daß uns derzeit nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, hat auch mit diesen Entschluß beeinflusst.

Alle Subsidien müssen aufhören. Sie waren bereits durch die Initiative der Londoner Exekutive sehr reduziert worden. Für die Monate Jänner und Februar wurden jedoch je £ E. 200 als abschließende Zuschüsse für den Mischpat Haschalom autorisiert.

Für die Universitätsbibliothek in Jerusalem wurden £ E. 125 monatlich bewilligt.

Die Verwaltungskosten inklusive der Gehälter, welche bisher in einem Posten vereinigt geführt wurden, obgleich andernteils einige Posten, welche wirklich hieher gehören, in den Konten der einzelnen Departements enthalten waren, so daß eine genaue Übersicht über die Höhe der Verwaltungskosten unmöglich war, werden in Zukunft unter den folgenden 6 Rubriken geführt werden:

1. Erziehungswesen, 2. Landwirtschaft, 3. Immigration,
4. Finanz, 5. Presse und der Rest (vor allem aus Unkosten des Exekutivsekretariats bestehend) 6. als allgemeine Verwaltungskosten. Die Totale von je £ E. 2600, welche für Dezember und Jänner eingesetzt sind (für spätere Monate bedeutend weniger), sollten eigentlich unter diesen 6 Rubriken aufgeteilt sein, doch sind die diesbezüglichen Detailziffern von der Zionistischen Kommission noch nicht ausgearbeitet worden.

Die Reorganisations-Kommission möchte diese Gelegenheit benutzen, um ausdrücklich zu betonen, wie tiefen Eindruck die ungewein niedrigen Bezüge der Departements-Chefs (mit möglicherweise zwei oder drei Ausnahmen) auf sie gemacht haben. Die Gehaltesskala, vor allem für die verantwortlichen höheren Beamten, ist ungewein niedrig und liefert ein rühmenswertes Zeugnis für die Selbstlosigkeit unseres Personals. Wenn die Verwaltungskosten viel zu hoch sind, so trägt nicht die Zahlung hoher Gehälter die

Schuld daran, sondern die Überzahl der Beamten in einem schlecht organisierten Bureau. Der krassste Mangel an Koordination erscheint in der Buchhaltung, worüber im Report selbst bereits gesprochen wurde. Trotz der dringenden Ersuchen der Exekutive seit August 1920 ist bis heute die Zionistische Kommission nicht in der Lage, eine vollständige Aufstellung der Aktiven und Passiven in Palästina zu liefern oder eine alle Tätigkeitszweige der Palästina-Arbeit umfassende Ausgaben- und Einnahmenrechnung zu geben. Dies ist bisher unmöglich, da es eine zentralisierte Buchhaltung nicht gab. Jetzt ist die ganze Buchführung in einem Departement zentralisiert worden und wir hoffen, daß vollständige und verlässliche Ziffern bald zur Verfügung stehen werden, doch wird es wohl einige Monate dauern, bis Unterlassungen der Vergangenheit vollständig nachgeholt sein werden.

Es wurde bestimmt, daß alle Eingänge dem Schatzmeister eingehändigt werden müssen, daß der Schatzmeister allein autorisiert ist, Zahlungen zu machen, und daß alle Verbindlichkeiten der Kommission der Gegenzeichnung durch den Schatzmeister bedürfen, um Gültigkeit zu erlangen. Der Schatzmeister wurde beauftragt, vollständige Aufzeichnungen über alle Transaktionen und alle Verbindlichkeiten zu führen, die es ermöglichen sollen, in Zukunft die finanzielle Position der Kommission in jedem Momente zu übersehen. Der Schatzmeister wurde der Exekutive gegenüber dafür verantwortlich gemacht, daß die Budgets im Totale und in ihrer Aufteilung befolgt werden. Es wurde ihm ferner zur Pflicht gemacht, Treuhandgelder und für bestimmte Zwecke bestimmte Gelder von allen anderen Geldern separat zu halten. Treuhandgelder sollen dadurch gesichert werden. Alle Eingänge in Palästina, inklusive Eingänge, welche aus Rückzahlung von Darlehen und ähnlichen Posten stammen, müssen der Londoner Exekutive zur Verfügung gestellt werden, wenn sie von derselben nicht für andere Zwecke freigegeben worden sind, und das Totale solcher Eingänge wird von dem aus London zu remittierenden Budget jeweils abgezogen werden.

Der Schatzmeister wurde endlich beauftragt, ein zentrales und koordiniertes Buchhaltungswesen einzuführen und darin Vorkehrung zu treffen für Budgetkontrolle, Nachkontrolle, Kontraktkontrolle und Statistik. Personalangelegenheiten unterstehen dem Schatzmeister.

Die folgende vergleichende Tabelle zeigt Departements und Personal vor und nach der Reorganisation:

Bureau-Organisation der Zionistischen Kommission.
(Alle Ziffern sind approximativ.)

Department	Früher Beamte	Gehalt monatl. £ E.	Durchschnitt £ E.	Jetzt Beamte	Gehalt monatl. £ E.	Durchschnitt £ E.
Sekretariat (inklusive Chauffeurs und Diener)	20	237	11.8	20	240	12.—
Finanz (inklusive Buch- haltung, Waren und Kontrolle)	24	379	15.8	42	712	17.—
Statistik	3	70	23.3	Jetzt in Finanz enthalten		
Erziehung	9	168	18.6	5	100	20.—
Agrikultur	19	488	25.6	6	239	40.—
Land	6	157	26.—	Department abgeschafft		
Rechtsbureau	6	167	28.—	" "		
Technische Abteilung	13	305	23.4	" "		
Preßbureau	4	55	14.—	4	55	14.—
Immigration (inklusive Haifa)	11	177	16.—	10	166	16.06
Kairo	1	38	38.—	Department abgeschafft		
	116	2240	19.3	87	1512	17.04

Anmerkung: In beiden Fällen ist der für das Hilfsdepartement (Joint Distribution Committee) arbeitende Stab eingerechnet, obgleich vom JDC für dessen Gehalt ein Zuschuß gezahlt wird.

Die Abnahme der Beamtenszahl im Agrikultur- und Erziehungs-Departement ist zum größten Teil bloß Folge der Vereinigung aller Buchhaltungen.

Es geht aus obigem hervor, daß 19 Beamte mit monatlichen Bezügen von £E. 415 entlassen worden sind, wodurch unsere Ausgaben um etwa £E. 5000 per annum verringert werden. Außerdem wurden 10 Beamte mit monatlichen Bezügen von £E. 313 von der Palestina Land Development Co. übernommen, wodurch das Budget der Zionistischen Kommission um £E. 3750 erleichtert wurde. Ferner wurde der Schatzmeister beauftragt, alle jene Beamten zu entlassen, welche durch Vereinigung aller Buchhaltungen überflüssig werden, doch wurde ihm in dieser Angelegenheit die Entscheidung für die Einzelfälle überlassen. Wenn dies in Rechnung gestellt wird, so folgt, daß die Verringerung der Verwaltungskosten unter der Rubrik von Gehältern allein etwa £E. 9000 bis 10.000 per Jahr beträgt.

Für unvorhergesehene Ausgaben wurden £E. 300 per Monat bewilligt. Es ist beabsichtigt, daß der Schatzmeister keine Autorisation haben wird, unter dieser Rubrik Ausgaben zu machen, bevor er für vergangene Ausgaben der Exekutive entsprechende Abrechnungen geliefert hat. Doch war es infolge der rigorosen Fixierung der anderen Budgetposten nötig, einen solchen Betrag zu bewilligen; diese rigorose Fixierung erschien infolge der vergangenen Erfahrungen geboten.

Über £E. 4000 mußten im Dezember zur Deckung früherer Schulden bewilligt werden. Diese Ziffer schließt das Defizit für November ein. An dieser Stelle sei noch erwähnt, daß die Abschlußziffer von £E. 173.403 für das Zehnmonatbudget keineswegs die Gesamtsumme dessen darstellt, was bis zum 30. September 1921 an Geldmitteln aufzutreiben ist. Es muß dazu noch zugefügt werden: a) die Gesamtausgaben für Immigration und Ausrüstungsfonds seit Ende Jänner; b) ein weiterer Betrag für Agrikultur, wie oben dargelegt wurde; c) die Verbindlichkeiten, heuer und im Vorjahre aus den Defiziten in Palästina entstanden, welche jetzt nach London übertragen worden sind, und ein Teil der zur Deckung dieser Beträge aufgenommenen Darlehen sind jetzt fällig und sind nur zum Teil gezahlt worden; d) außerdem müssen die Londoner Ausgaben zugeschlagen werden, von denen ein Teil direkt für Palästinensische Rechnung geht, und alle Posten natürlich indirekt für Palästina ausgegeben werden.

Das Immigrationsbudget ist bloß für die Monate Dezember und Jänner festgesetzt worden. In diesen Monaten wurden je £E. 4000 für das Immigrations- und Arbeitsbudget remittiert (d. h. für unproduktive Ausgaben für Immigranten bis zu dem Zeitpunkt, wo sie Arbeit finden, und für gewisse beschränkte Zuschüsse an Arbeitergruppen für Hygiene und hebräischen Unterricht). Fernere £E. 4000 per Monat wurden für den Ausrüstungsfonds bewilligt (d. h. für produktive rückzahlbare Darlehen an Gruppen). (Die weiteren Beträge, welche durch Vermittlung der Arbeiterbank zur Verfügung gestellt werden, sind natürlich in unserem Budget nicht enthalten.)

Eine Bestimmung der Ausgaben für Immigration von Jänner ab wurde absichtlich unterlassen. Es ist unmöglich, eine solche Bestimmung zu treffen, bevor wir die Höhe der uns zur Verfügung stehenden Mittel kennen. Hier sei noch erwähnt, daß die für Immigration im Dezember und Jänner bereitgestellten Beträge die

Beiträge für Immigration, welche bisher aus unserem Budget für gleiche Zeiträume gemacht wurden, übertreffen. Es war die Absicht, diesen Teil des Budgets und den für landwirtschaftliche Arbeit später bis zum Maximum der verfügbaren Mittel zu erhöhen, so daß der vorhandene Höchstbetrag für Immigration und Ansiedlung verwendet werde.

Bei genauer Untersuchung geht hervor, daß in dem Palästina-Budget in großen Zügen drei verschiedene Klassen von Ausgaben zu unterscheiden sind:

1. Erziehungswesen. Während des laufenden Jahres sind unsere Zahlungen, abgesehen von der Deckung einzelner Schuldposten, ein Kassazuschuß zum Budget, und für das nächste Jahr sollen ganz neue Arrangements gemacht werden und unser Zuschuß ist mit maximal £E. 4108 per Monat angesetzt.

2. Es folgen in einer zweiten Klasse alle Ausgaben für Technische Abteilung, Agrikultur, Versuchswesen, Universitätsbibliothek, Subsidien, Verwaltungskosten, unvorhergesehene Ausgaben und alte Schulden. Dies sind Ausgabeposten, welche für bereits begonnene Arbeiten bewilligt wurden und die in den meisten Fällen zum Abschluß zu bringen sind, in einzelnen Fällen aber (vor allem Landwirtschaft, Versuchswesen und etwa Universitätsbibliothek) sind diese Posten bloß als der Nucleus für viel größere Ausgaben in der Zukunft zu betrachten. Die heurigen Ziffern können alle in dieser Klasse zusammengefaßt werden, weil die Ausgaben rigoros fixiert wurden, und zwar so niedrig, als es mit der Beendigung der begonnenen Arbeit vereinbar war.

Um die Sachlage ganz klar zu machen, ist für das Agrikulturbudget (inklusive Versuchsstationen) eine Aufstellung gemacht worden, welche angefügt ist und aus welcher das Folgende ersichtlich ist:

Die Ausgaben sind in drei Abteilungen geordnet. Die erste Abteilung enthält die Ausgaben, für die im nächsten Jahre ganz neue Pläne zu bereiten sind, und wo infolgedessen die Ausgaben für das nächste Jahr jetzt noch nicht feststellbar sind. In der zweiten Abteilung sind diejenigen Posten enthalten, für welche die Ausgaben plangemäß für das nächste Jahr mehr oder minder festgesetzt sind, die aber viel geringer als heuer sein werden. Die dritte Abteilung enthält Posten, für welche im nächsten Jahre keine Ausgaben erforderlich sein werden. Eine definitive Totalziffer der Ausgaben im nächsten Jahre zu geben ist natürlich noch nicht möglich.

3. Die letzte Klasse enthält die Ausgaben für Immigration, bestehend aus Immigrations- und Arbeitsbudget und aus dem Ausrüstungsfonds. Dieser Teil des Budgets ist von der Reorganisations-Kommission nur bis Ende Jänner festgesetzt worden.

Die Absicht der Reorganisations-Kommission war, für die ersten zwei Klassen das Budget rigoros zu fixieren, um so viel als möglich für die dritte Klasse übrig zu haben. In dieser dritten Klasse wird am Ende des laufenden Jahres noch ein Posten für Vorbereitungen für das nächste landwirtschaftliche Jahr vorzusehen sein.

Aus all dem geht hervor, daß der rigoros fixierte Teil des Budgets bis auf £ E. 12.585 im September 1921 reduziert worden ist. Wir möchten nun in ganz rohen und beiläufigen Ziffern illustrieren, was damit erreicht worden ist. Die effektiven Ausgaben in Palästina betragen £ E. 31.700 im Oktober 1920 und £ E. 30.300 im November 1920. Rechnen wir dazu den Betrag von £ E. 4680, den wir im Dezember für Schulden zu remittieren hatten, welche noch von den Vormonaten stammten, so ergibt sich für die Monate Oktober und November eine monatliche Durchschnittsausgabe von etwa £ E. 33.500. Davon waren etwa £ E. 8500 für Immigration und Immigranten verfügbar. Wenn wir also weiter £ E. 33.500 monatlich ausgeben (und dies war auch beiläufig das Totale, welches wir in den Monaten August und September nach Palästina remittierten), so wären auf Grund unseres Budgets die folgenden Beträge für Immigration und konstruktive Siedlungsarbeit verfügbar:

im Dezember	£ 12.100
im Jänner	£ 13.000
im Februar	£ 18.400
im März	£ 19.300
im April	£ 19.000
im Mai	£ 19.300
im Juni	£ 19.400
im Juli	£ 20.300
im August	£ 20.800
im September	£ 21.000

In dieser Weise haben wir versucht, die konstruktive Siedlungsarbeit der Zukunft zu ermöglichen.

Palästinabudget für die zehn Monate bis 30. September 1921.

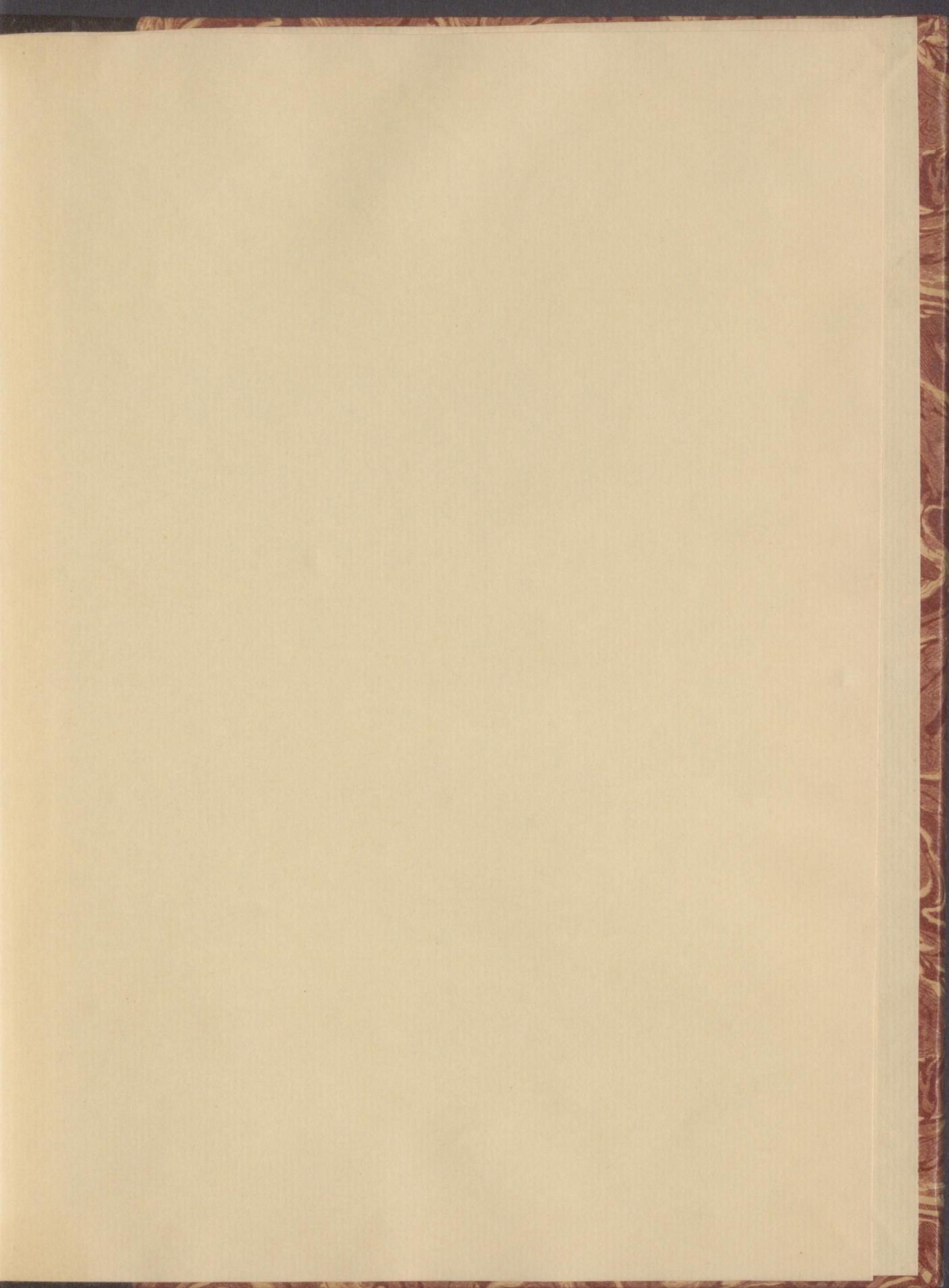
	Dez.	Jänner	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.		
Erziehung	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	7941	}	
Pensionsfonds der Lehrer	429											88252
Gehaltserhöh. d. Lehrer					1402	1402	1402	1402	1402	1402		
Technische Abteilung	2662	2663									5325	
Agrikultur	6655	6322	4421	3536	2672	2332	2224	1687	1251	1116	}	
Versuchsstationen	500	400	300	300	300	300	300	200	200	200		35216
Universitäts-Bibliothek	125	125	125	125	125	125	125	125	125	125	1250	
Mischpat Haschalom	200	200									400	
Verwaltungskosten	2600	2600	2000	2000	1800	1800	1800	1500	1500	1500	19100	
Unvorhergesehene Ausgaben	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	3000	
Alte Schulden	4860										4860	
Total	26282	20551	15087	14202	14540	14200	14092	13155	12719	12585	157403	
Immigrations- u. Arb.-Budget	4000	4000									}	
Ausrüstungsfonds	4000	4000										8000
	<u>34282</u>	<u>28551</u>									<u>173403</u>	

Dieses Total von £E 173.403 ist exklusive der auf Seite 78 erwähnten Beträge.

9385

Tabelle zur Illustration der Entscheidungen der Reorganisations-Kommission bezüglich des Agrikulturbudgets.

		Durchschnitts-Ausgabe für 10 Monate bis 30. September 1921	Bestimmungen für das nächste Jahr
		£ E.	£ E.
Abteilung A:			
Versuchsstationen	300		Für Arbeit im Süden zu erhöhen. Zukunft ist im Laufe des Jahres zu entscheiden. Ein Arrangement für definitive Ansiedlung ist anzustreben.
Kinereth, Daganja A. Merchavia, Ben Schemen Huldah, Gan Schmucl	694		
Verbesserung der Lage der Jemeniten	105		Wird wahrscheinlich fortzusetzen sein.
Organisations- und Inspektionskosten	250		Ist fortzusetzen. Die Kosten sind jetzt unverhältnismäßig hoch, doch wird die Entwicklung der Arbeit dies rektifizieren.
	—	1349	
Abteilung B:			
Aufforstung: Dilb & Kinereth (inkl. kontraktliche Zahlung für 420.000 Setzlinge)	296		Aufforstung verlangt im zweiten Jahr nur einen Bruchteil der Kosten im ersten Jahr.
Dilb	480		Für 1921/22 ist eine Durchschnittsausgabe von £ E. 16/ angesetzt, wovon ein Teil auf INF entfällt.
	—	776	
Abteilung C:			
Beer Tobia, Ein Chai und Karkur	297		Kein weiterer Zuschuß von der Zionistisch. Organisation. Andere Arrangements sind zu treffen.
Ayeleth Haschachar, Machnajim, Birijeh	459		Kein weitere Zuschuß von der Zion. Org. Es soll versucht werden, die ICA zur Weiterführung der Arbeit zu bringen.
Tel Adas & Kalandia (P. L. D. C.)	135		Kein weiterer Zuschuß von der Zionistischen Organisation. Die Eigentümer werden die Arbeit wahrscheinlich fortsetzen.
Ein Chai (Tikvath Israel)	79		Ansiedlung zustande gebracht. Aufzugeben.
Jaffa: Ein Ganim	60		
Acco, Talpioth, Tireh	133		
Veterinär- und Kochschulen, Museum etc.	103		Aufzugeben.
Schulden (Aufforstung)	130		Gezahlt.
Kosten d. Liquidierung einzelner Gruppen	204		Zu zahlen im Laufe des heurigen Jahres.
		1600	
Total . . .		<u>£ E. 3725</u>	

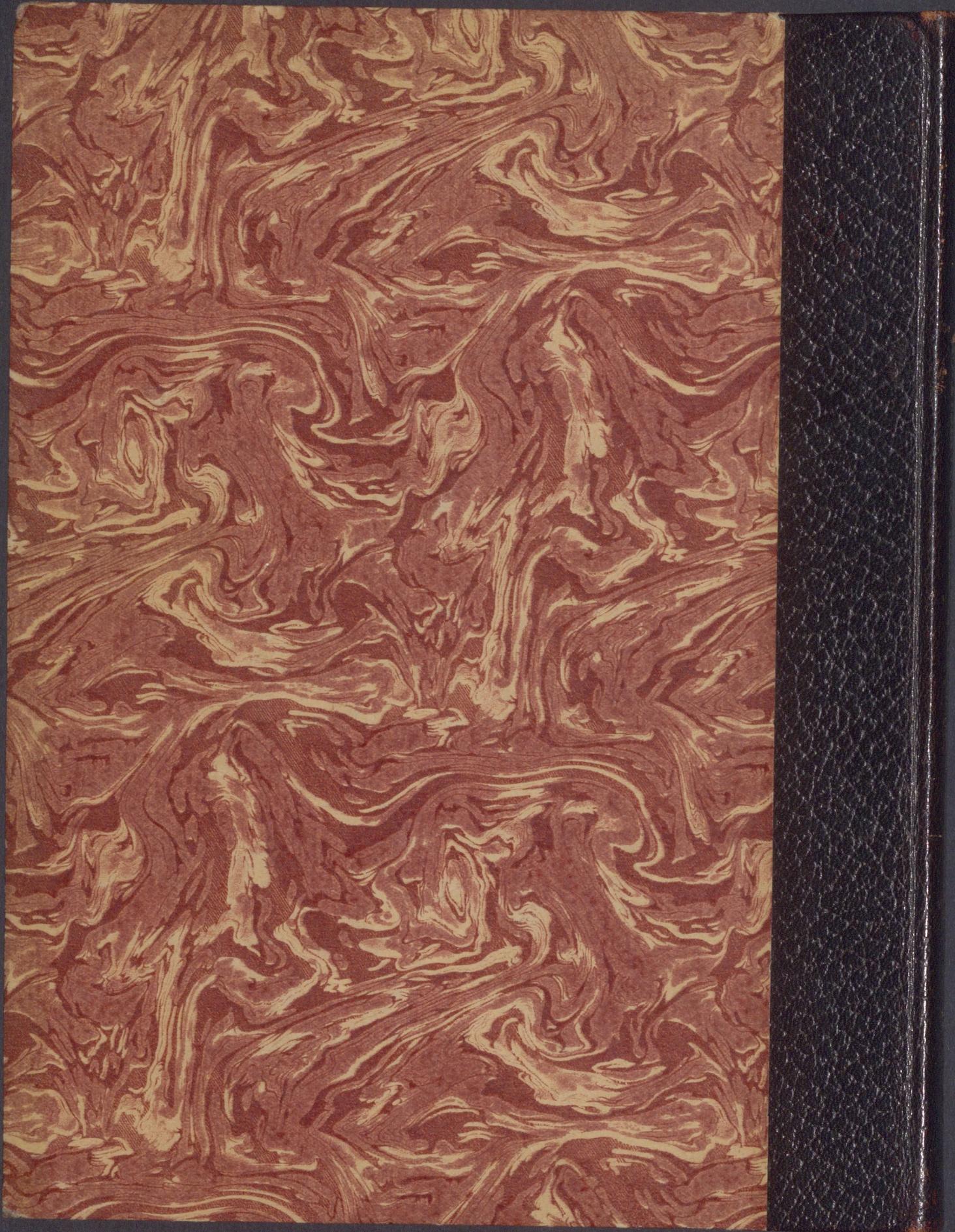


VI. 2 .

Betic

123

14863



Inches 1 2 3 4 5 6 7 8
Centimetres 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20

Colour Chart #13

Blue	Cyan	Green	Yellow	Red	Magenta	White	3/Color	Black

DANES
PICTA
.COM

